



Nr. 404 | 24.06.2021

Russland-Analysen

Wirtschaftliche Schocks

■ ANALYSE Die Wirtschaft der »Festung Russland« – kurzfristig erfolgreich im Corona- und Sanktionsumfeld, langfristig mehr Stagnation und Sanktionen Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)	2
■ STATISTIK Russlands Wirtschaft – Covid-19, Entwicklung und Prognosen	5
■ ANALYSE Russische kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) in der Corona-Krise – Ein Sterben auf Raten Michael Martin Richter (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	10
■ STATISTIK Covid-19 in Russland, Stand 24. Juni 2021	13
■ CHRONIK Covid-19-Chronik, 03. – 30. Mai 2021	16
■ CHRONIK 17. Mai – 10. Juni 2021	20

Die Wirtschaft der »Festung Russland« – kurzfristig erfolgreich im Corona- und Sanktionsumfeld, langfristig mehr Stagnation und Sanktionen

Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International AG, Wien)

DOI: 10.31205/RA.404.01

Zusammenfassung

In den Jahren 2020 und 2021 konnte Russland »taktische« wirtschaftspolitische Erfolge verbuchen. Gesamtwirtschaftlich wurde die COVID-19-Krise gut abgefedert, nicht zuletzt durch eine erstmal sehr expansive Fiskalpolitik. Zudem wurde die jüngste Verschärfung der US-Sanktionen an den Finanzmärkten gut verdaut; die »Festung Russland« war gut vorbereitet. Solche taktischen Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wichtige Gründe für die (Einkommens-)Stagnation der letzten Jahre auch das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren dämpfen werden.

Geringe Komplexität, Exporte und Fiskalpolitik als Krisendämpfer

Gesamtwirtschaftlich ist Russland gut durch das Jahr 2020 gekommen und auch zufriedenstellend ins Jahr 2021 gestartet. Mit einem Rückgang von 3 % ist das Bruttoinlandsprodukt 2020 weniger stark eingebrochen als die Weltwirtschaft und nur etwa halb so stark wie in Westeuropa. Bemerkenswert ist dieses Ergebnis im Lichte einer opportunistischen Zusammenarbeit mit der OPEC im Jahr 2020. Die heimische Ölproduktion wurde im Rahmen des OPEC-plus-Abkommens gedrosselt. Die Ölproduktion fiel im Jahresvergleich um 8,5 % im Jahr 2020, was das BIP-Wachstum um 1,0 Prozentpunkt senkte. In der Summe ist der geringe Wirtschaftseinbruch vor allem auf Wirtschaftsstrukturen, wirtschaftspolitische Reaktionen und ein besser als erwartetes globales Umfeld zurückzuführen. Die relativ geringe Komplexität der russischen Wirtschaft mit einem geringen Anteil an Dienstleistungen, die empfindlich auf Covid-19-Restriktionen reagieren, hat einen tieferen Wirtschaftseinbruch verhindert. Zudem ist Russlands Wirtschaft eher moderat international integriert; der Außenhandel liegt seit etwa einer Dekade mehr oder weniger konstant bei 50 % des BIP. In Westeuropa liegt man hier eher bei 90 % des BIP, in den USA oder China liegt der Außenhandelsanteil bei 20 bzw. 30 % des BIP. Außerdem stützten die sich schnell erholenden Rohstoffexporte die Wirtschaft, während die Importe drastisch zurückgingen. Gewisse Einbußen im Öl- und Gasexport konnten durch steigende Gold und Weizenlieferungen kompensiert werden. Zudem trugen die Nettoexporte deutlich zum Zuwachs an Wirtschaftsleistung bei. Da die Exporte im Jahr 2020 nur um – 5,1 % im Jahresvergleich zurückgingen und die Importe zugleich um – 13,7 % einbrachen, trugen die Nettoexporte mit + 1,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum bei. Für 2021 scheint sich kurzfristig eine ansehnliche Wirtschaftserholung nach der Pandemie abzuzeichnen, mit einem BIP-Wachstum

um 2 – 3 %. Einige sehr zuversichtliche Prognostiker erwarten gar BIP-Wachstumsraten im Umfeld von 5 % in 2021/2022, ein Szenario, das angesichts der prognostizierten Zunahme der Importe sowie der chronischen strukturellen Schwächen und Engpässe eher fraglich erscheint. Nach 2021 wird sich das Wirtschaftswachstum wahrscheinlich wieder näher am Potenzialwachstum um 1,5 bis 2 % einpendeln.

Neben den skizzierten strukturellen Faktoren war vor allem eine bemerkenswerte Wende in der Fiskalpolitik erkennbar. Nach anfänglichem Zögern wurden im Jahr 2020 proaktive fiskalische Gegenmaßnahmen gesetzt, was in einem föderalen Haushaltsdefizit von 4,5 % des BIP resultierte. Zum ersten Mal reagierte die Regierung auf eine Krise, indem sie die Staatsausgaben erhöhte und vorübergehend die Fiskal-Ölpreisregel aussetzte. Zu Beginn der Krise wurde zuerst noch ein zögerliches Sozialausgabenpaket von 2,1 Billionen Rubel (knapp über 30 Milliarden Euro) bzw. knapp über 2 % des BIP angekündigt. Im Juni folgte dann eine substanzielle Aufstockung der fiskalpolitischen Antwort im Rahmen des »Nationalen Plans zur wirtschaftlichen Erholung«. Mit diesem Programm will die Regierung die Wirtschaft nachhaltig unterstützen, nachdem der COVID-19-Schock abgeklungen ist. Es läuft über 18 Monate, kostet 6,4 Billionen Rubel (ca. 90 – 100 Mrd. Euro) und besteht aus über 500 Einzelmaßnahmen und Programmen. Alles zusammengenommen sind damit Summen von 7 – 9 % des BIP zur Krisenbewältigung mobilisiert worden. Neben Einmalzahlungen und Maßnahmen zur Einkommensstützung überschneiden sich einige der Maßnahmen im Erholungsplan mit den bereits angekündigten »Nationalen Projekten«.

Auch im internationalen Maßstab ist die fiskalpolitische COVID-19-Krisenantwort Russlands durchaus beachtlich, aber sie war alternativlos. Im Lichte der enttäuschenden Einkommensentwicklung der letzten Jahre musste sich der Kreml in dieser Krise seiner sozialpoliti-

schen Verantwortung stellen. Das Einkommensniveau in Russland stagniert seit 2010 de facto etwa in Relation zum Einkommen in Westeuropa und beträgt (zu Kaufkraftparitäten) ca. 60 % des Einkommensniveaus in der EU. Seit 2010 hat das zweitärmste EU-Land, Rumänien, zu Russlands Einkommensniveau aufgeschlossen bzw. es überholt! Eine weitere Austeritätspolitik hätte nach der Einkommensstagnation der letzten Jahre aller Voraussicht die Systemunzufriedenheit in Russland in der COVID-Krise deutlich zu Tage gebracht. Zumal die Real-Einkommensrückgänge sich auf breiter Basis vollziehen und nicht nur ärmere Bevölkerungsschichten bzw. die Bevölkerung in den Regionen betreffen. Neben der skizzierten Einkommensentwicklung im Land wäre eine Austeritätspolitik aber auch aus internationaler Perspektive der heimischen Bevölkerung kaum vermittelbar gewesen.

Interessanterweise setzt die Regierung neben sozialer Unterstützung bzw. der Stabilisierung der Einkommensentwicklung und Sicherung der Beschäftigung auch auf eine Liberalisierung und Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Auch sollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) von Steuererleichterungen, Zuschüssen und Subventionen profitieren. Außerdem gibt es im »Nationalen Plan zur wirtschaftlichen Erholung« einen Abschnitt zu Investitionen, digitaler Wirtschaft und Importsubstitution, der weitgehend die Ziele der Nationalen Projekte wiederholt. Große Investitionsprojekte bleiben damit ein wichtiger Teil des Konjunktur- und Entwicklungsplans. Sobald die Auswirkungen von Covid-19 abklingen, bleibt das Herzstück des Strukturreformprogramms der Regierung das ca. 25 Billionen Rubel schwere Programm der »Nationalen Projekte«, das die wichtigsten Entwicklungsziele für den Zeitraum 2019 – 2024 in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Umwelt umfasst. Allerdings werden die Zielsetzungen für 2024 eher erst bis 2030 als umsetzbar erachtet. Damit wird deutlich, dass das staatsgesteuerte Programm der »Nationalen Projekte« eher im Zeitverzug ist und die COVID-Krise eher als guter Anlass dient, die Implementierung zu strecken. Insofern wurde nun taktisch gegengesteuert, es wurde auf kurzfristige Ausgabenprogramme und Unterstützung auf der mikroökonomischen Ebene gesetzt, da substanzielle staatliche Infrastrukturprogramme bis dato weniger gut wirken.

Taktische fiskalische Neuausrichtung, aber die »Festung-Russland«-Strategie nicht zu den Akten gelegt

Eine gewisse fiskalische Unterstützung wird es auch in den kommenden Jahren geben – besonders auch im Jahr 2021. Der Nationale Wohlfonds (NWF) wird aufgrund vorübergehender Änderungen der Fiskalregeln nicht wieder aufgefüllt; eine Wiederauffüllung

könnte frühestens im Jahr 2022 wieder aufgenommen werden. Die liquiden Mittel des NWF sollen mit dem Fokus auf Infrastrukturprojekte investiert werden, da ihre Summe den Schwellenwert von 7 % des BIP überschreiten. Daher werden weiterhin politisch gewollte Wachstumsimpulse gesetzt. Das ist eine Änderung im Vergleich zur Vorkrisen-Stagnationsphase. Zudem wurden mit dem zuvor skizzierten Aufbauplan im Kontext des Wahlkalenders 2021 Erhöhungen der Sozialausgaben und Einmalzahlungen angesetzt. Allerdings betonte der russische Finanzminister jedoch umgehend, dass diese Unterstützungsmaßnahmen keine zusätzliche und substanzielle Schuldenemission und Finanzierung erfordern. Insofern wird auch hier deutlich, dass man die mögliche Limitation durch internationale Sanktionen nicht ausreizen will. Langfristig ist keine weitere Erhöhung der Staatsschuldenquote zu erwarten.

Hier ist zu betonen, dass die lange erwartete Verschärfung der internationalen Sanktionen gegen Russland in den letzten Wochen, insbesondere die US-Finanzsanktionen, gut verkräftet wurden. Die Auswirkungen auf die Finanzmärkte und den Rubel blieben überschaubar, was mit der »Festung-Russland«-Strategie, die seit 2014 verfolgt wird, zu tun hat. Man hat sich auf eine Verschärfung der Sanktionen in vielen Dimensionen vorbereitet. Die Auslandsschulden wurden getilgt, die Devisenreserven sind weiter gestiegen und übersteigen die Auslandsschulden in absoluten Zahlen. Die Positionen westlicher ausländischer Banken gegenüber Russland stagnieren seit Jahren, was Kapitalflussrisiken ebenfalls reduziert. In begrenztem Ausmaß hat der russische Staat in den letzten Jahren und auch zuletzt noch Geld an den internationalen Finanzmärkten aufgenommen, aber dies dann in Euro und nicht US-Dollar. Alles in allem ist Russland damit weniger abhängig vom internationalen Finanzmarkt und in gewissem Maße auch vom US-Dollar und internationalen Zahlungsstrukturen. Zudem neigt die Russische Zentralbank im Zweifel eher zu einer restriktiven Geldpolitik, um Abwärtsrisiken für den Rubel zu begrenzen. Außerdem ist der russische Bankensektor nach der Restrukturierung der letzten Jahre in einer soliden Verfassung. Staatsanleihen machen nur 7 % der Gesamtkтива aus, verglichen mit 15 – 20 % in anderen Märkten. Daher könnten die lokalen Banken die sanktionierten Staatsanleihen gut absorbieren – falls nötig.

Vor der jüngsten Sanktionsverschärfung hatten sich am Finanzmarkt die Spekulationen etwas verselbständigt, teils auch unter internationalen Investoren. Insofern handelte der Rubel zeitweise 10 – 15 % unter seinem Niveau, was an sich durch Fundamentaldaten gerechtfertigt wäre. Angesichts dieser »Sanktionsblase« erholte sich der Rubel nach der Sanktionsrunde im April sogar erkennbar.

Ausblick auf die Sanktionspolitik: Auf Dauer ausgelegt, in Zukunft mehr

Die jüngste Verschärfung der Sanktionen durch die USA war gut telegraphiert. Am wichtigsten für die Finanzmärkte ist, dass die Maßnahmen zwar den Kauf von Rubel-denominierten Staatsanleihen auf dem Primärmarkt (also direkt vom Staat) verbieten, aber dies »nur« für US-Finanzinstitute. Zuvor war es (seit 2019) für US-Banken sanktioniert, Russlands Staatsanleihen in Fremdwährung auf dem Primärmarkt zu kaufen. Allerdings hat dies den internationalen Handel dieser Wertpapiere am Sekundärmarkt (also von Investoren untereinander) nicht drastisch beeinflusst. Die nun vollzogene vollständige Sanktionierung von allen russischen Staatsanleihen für US-Banken auf dem Primärmarkt ist ein starkes politisches Signal, die praktische Relevanz ist begrenzt. Die lokalen Staatsbanken haben genügend Kapazität, die Emission von Staatsanleihen zu absorbieren. Und solange die sanktionierten Wertpapiere von US-Banken an den Sekundärmärkten gehandelt werden können, sind die Sanktionsauswirkungen begrenzt. Außerdem sind die Sanktionsmaßnahmen im Bereich der Staatsanleihen auf US-Finanzinstitute beschränkt, was die Auswirkungen auf US-Investoren (also Nicht-Banken wie Pensionsfonds etc.) oder auch Nicht-US-Banken in Summe geringhält. Bislang wird hier keine Extraterritorialität angestrebt. Insofern ist es nicht überraschend, dass auch die Russische Zentralbank, trotz harscher diplomatischer Reaktionen auf die US-Finanzmarktsanktionen, klar Stellung bezog. Die Gouverneurin der Russischen Zentralbank Elvira Nabiullina brachte die geringe unmittelbare Auswirkung der Verschärfung der Sanktionen auf die Realwirtschaft und die Finanzmärkte klar zu Sprache – auch wenn die Notenbank wegen der Sanktionen eine vorsichtige Zinspolitik verfolgt.

Bislang haben die USA von weitreichenden Maßnahmen, wie z. B. dem Verbot des Sekundärmarktthandels oder dem Ausschluss russischer Unternehmen aus dem internationalen SWIFT-Zahlungssystem oder von US-Dollar-Zahlungen, abgesehen. Schon die Primärmarktsanktionen als Teil des jüngsten Sanktionspakets waren sogar etwas überraschend. Dieser Schritt war vor allem mit der Dringlichkeit begründet, ein klares Signal nach der geopolitischen Eskalation, ausgelöst durch Russlands groß angelegte Manöver an der Grenze zur Ukraine, zu senden. Allerdings ist das Risiko einer Ausweitung der Sanktionen bei Staatsanleihen damit nun gestiegen, da dies dann der nächste weitere Schritt ist. Auch wenn die US-Sanktionen bisher moderat waren, ist eine weitere, graduelle und erkennbare Verschärfung im Sinne der zuvor skizzierten Optionen nicht auszuschließen. Aus US-Perspektive sind die derzeitigen maßvollen Sanktionen, kombiniert mit dem Bemühen im Dialog

zu bleiben, darauf ausgerichtet eine Eskalation zu vermeiden. Es sieht jedoch nicht so aus, als ob dieser Ansatz in Russland gut verstanden wird. Hinzu kommt, dass es in den USA erheblichen politischen Druck in Richtung einer stärkeren Sanktionierung gibt. Die jüngsten Schritte werden nur als »erster Schritt« in die richtige Richtung gesehen; einige Beobachter stellen klar, dass die Sanktionen offenbar zu leicht waren. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass Sanktionen gegen Russland auf den internationalen Märkten durch die USA ein (indirektes) politisches Signal in Richtung China sind.

Insgesamt bleibt das Risiko für weitere westliche und vor allem US-Sanktionen hoch, es besteht keine Aussicht auf eine Lockerung. Wir befinden uns derzeit im siebten Jahr der umfassenden westlichen Finanzsanktionen gegen Russland, mit Verschärfungen vor allem in den Jahren 2019 und 2021. Die Empirie von »erfolgreichen« westlichen Sanktionsregimen, d. h. solchen, bei denen eine Verhaltensänderung der sanktionierten Partei erkennbar war, deutet auf eine Dauer von sieben bis zehn Jahren hin. Ansonsten dauern Sanktionen meist viel länger, manchmal über Jahrzehnte an. Im Falle Russlands ist zu erwarten, dass die westlichen Sanktionen mindestens bis weit in die 2020er Jahre, möglicherweise bis in die 2030er Jahre bestehen werden. Dieses Szenario impliziert, dass es mehr Risiken für eine ad-hoc und moderate Eskalation gibt als Möglichkeiten zur Deeskalation. Daher wird die wirtschaftspolitische »Festung-Russland«-Strategie wahrscheinlich fortgesetzt werden, obwohl sie für Wachstum und Wohlstand nicht förderlich ist. Hinzu kommt, dass in Russland ein bekanntes »Sanktionsparadoxon« am Werk zu sein scheint: Die Regierung, das Militär und der Sicherheitsapparat werden gestärkt, da diese Kreise den Sanktionen besser standhalten können als private Unternehmen. Damit dominieren dann aber auch Bestandswahrungsinteressen die Wirtschaftspolitik; der Appetit auf umfassende Strukturreformen ist gering.

Wir sehen begründet durch zahlreiche Faktoren erstmal ein teil-stabiles Gleichgewicht in den amerikanisch-russischen Beziehungen voraus. Derzeit sehen wir ein ausdrückliches Bekenntnis zu Rüstungskontrollgesprächen; der Kreml bleibt offen für eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Hier hat der Kreml erreicht, was er will: Die USA sprechen mit Russland auf Augenhöhe. Solange Russland seine geopolitischen Karten gut ausspielt und der Kreml seinen makrofinanziellen Spielraum richtig einschätzt – wie er es normalerweise tut – erwarten wir nicht, dass die USA komplett erdrückende Sanktionen verhängen werden. Aber wohltdosierte geopolitische Provokationen oder Überraschungen sowie harte Maßnahmen zur Eindämmung der Opposition sind aber immer möglich, und damit weitere gesichtswahrende, aber eher kosmetische westliche Sanktionen.

Für solche Szenarien ist Russland aber gut vorbereitet und kann zugleich die chronische Wachstumsschwäche auf das westliche Sanktionsumfeld schieben.

Taktische Fiskalpolitik ändert nichts am Stagnationsausblick

Wie skizziert konnte Russland einige kurzfristige »taktische« wirtschaftspolitische Erfolge verbuchen. Vor allem wurde die Fiskalpolitik kurzfristig deutlich expansiver gestaltet. Dies sollte jedoch nicht von den schwierigen mittelfristigen Aussichten ablenken. Die staatszentrierte, international zunehmend wenig integrierte und sanktionierte russische Wirtschaft stagniert de facto seit Jahren, bisherige staatliche Investitionsprogramme haben keine wachstumsfördernde Wirkung entfaltet. Substanzielle Strukturreformen sind mit dem »Nationalen Plan zur wirtschaftlichen Erholung« nicht verbunden, auch wenn

hier nicht nur auf Großunternehmen und staatliche Investitionsprogramme gesetzt wird. Die Realeinkommen stagnieren oder sinken seit 2014, auch wenn 2021 eine leichte Trendwende eintreten könnte. Allerdings gibt es auch schon wieder Risiken für dieses Szenario. Aktuell sehen wir einen deutlichen Anstieg der (Lebensmittel-)Inflation. Nun muss die Zentralbank schon wieder Gegenmaßnahmen ergreifen, um den Inflationsdruck zu begrenzen und den Rubel weiter abzusichern. Letzteres ist auch Teil der »Festung-Russland«-Strategie, die in der Summe kein wachstumsfreundliches Umfeld bedeutet. Die »Festung-Russland«-Strategie schafft auch nicht unbedingt Vertrauen bei ausländischen Wirtschaftsakteuren. Vielmehr ist eine Stagnation des ausländischen Engagements in der russischen Wirtschaft zu beobachten, während sich die russischen Lieferketten zunehmend nach innen richten.

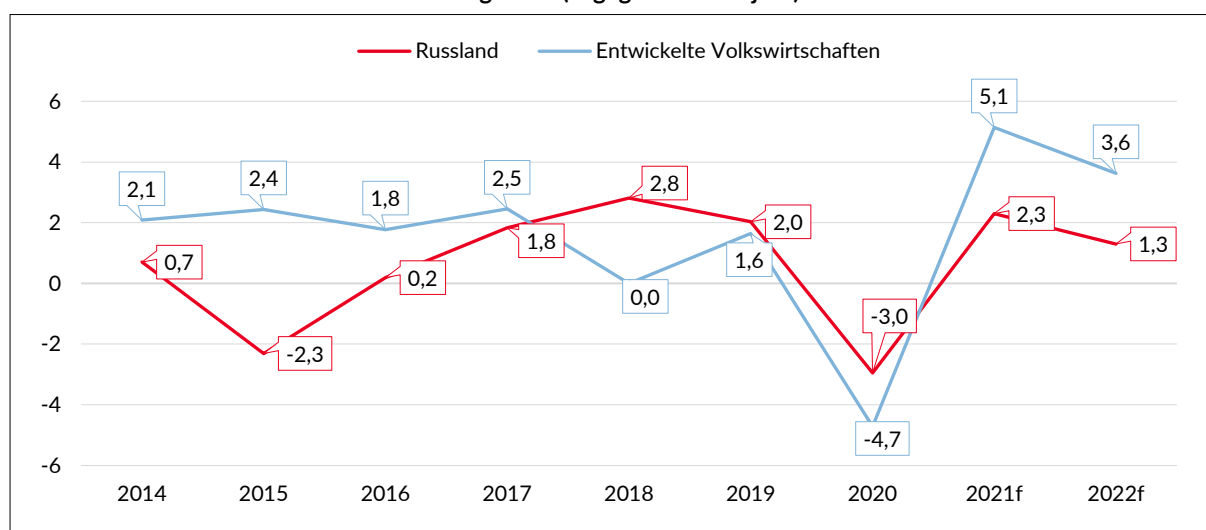
Über den Autor

Gunter Deuber ist Chefökonom bei der auf Osteuropa und Russland spezialisierten »Raiffeisen Bank International AG« (RBI AG) in Wien, eine der größten Auslandsbanken in Russland. Gunter Deuber wurde 2019 für das IVLP-Programm (International Visitor Leadership Program) des US-Außenministeriums nominiert und hatte die Möglichkeit, politische Entscheidungsträger und Regulierungsbehörden in den USA persönlich zu treffen. Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

STATISTIK

Russlands Wirtschaft – Covid-19, Entwicklung und Prognosen

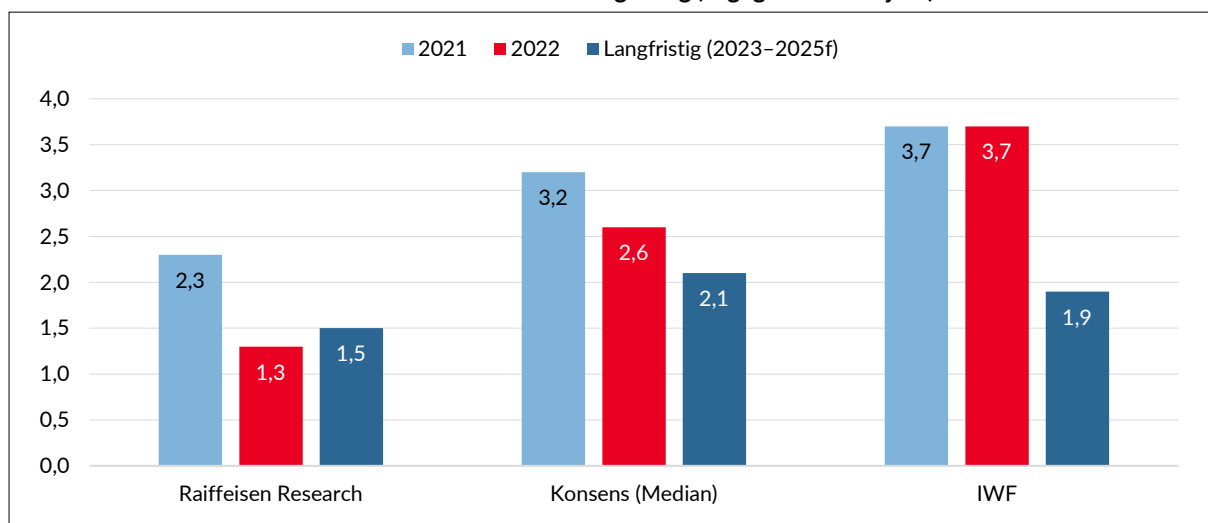
Grafik 1: Reales BIP-Wachstum und Prognosen (% gegenüber Vorjahr)



f – Die Werte für die Jahre 2021 und 2022 sind Vorhersagewerte.

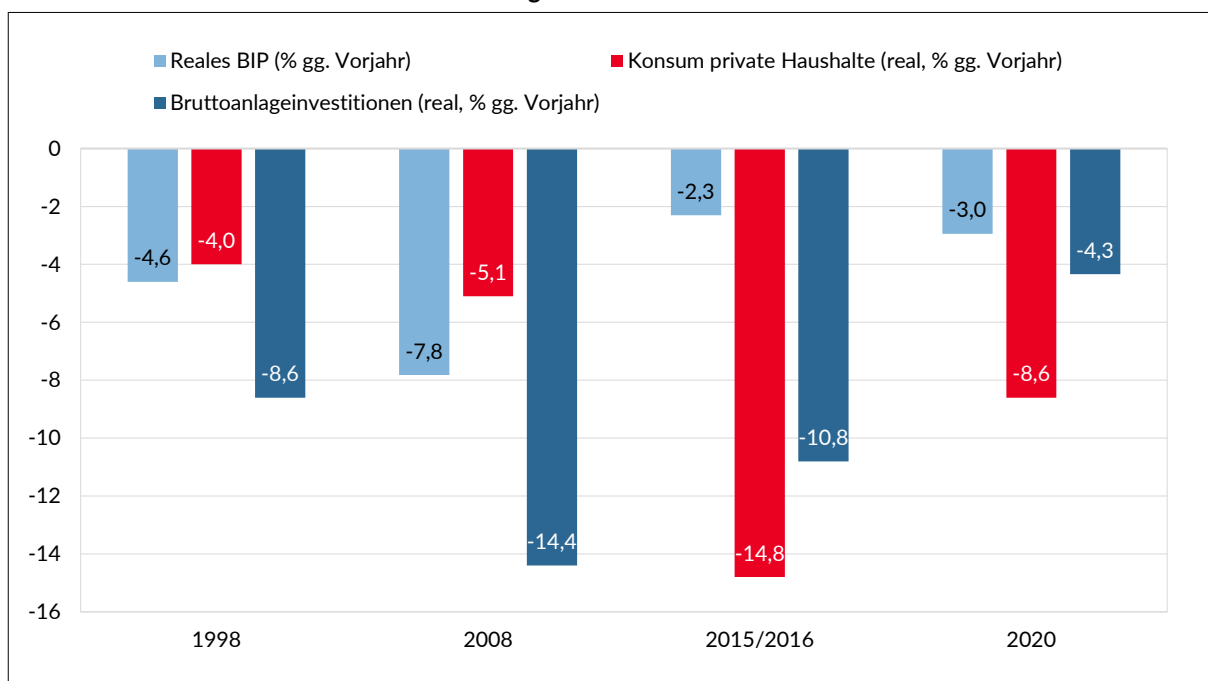
Quelle: nationale Statistiken, Internationaler Währungsfonds, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 2: Wirtschaftswachstum Post-COVID und langfristig (% gegenüber Vorjahr)

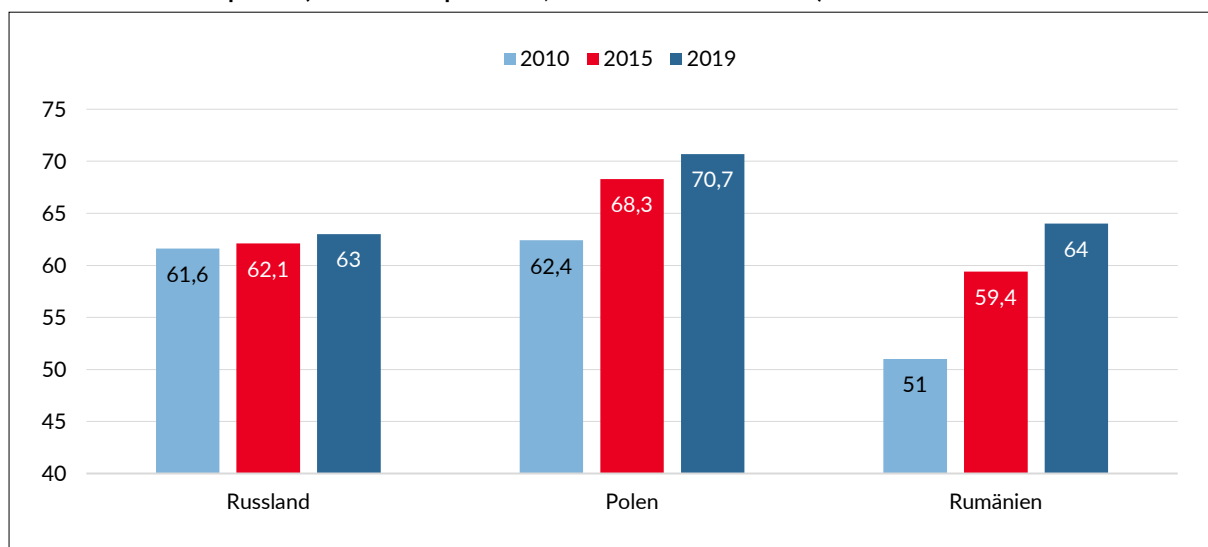


f - Die Werte für die Jahre 2023 bis 2025 sind Vorhersagewerte.
Quelle: IWF, FocusEconomics, RBI/Raiffeisen Research

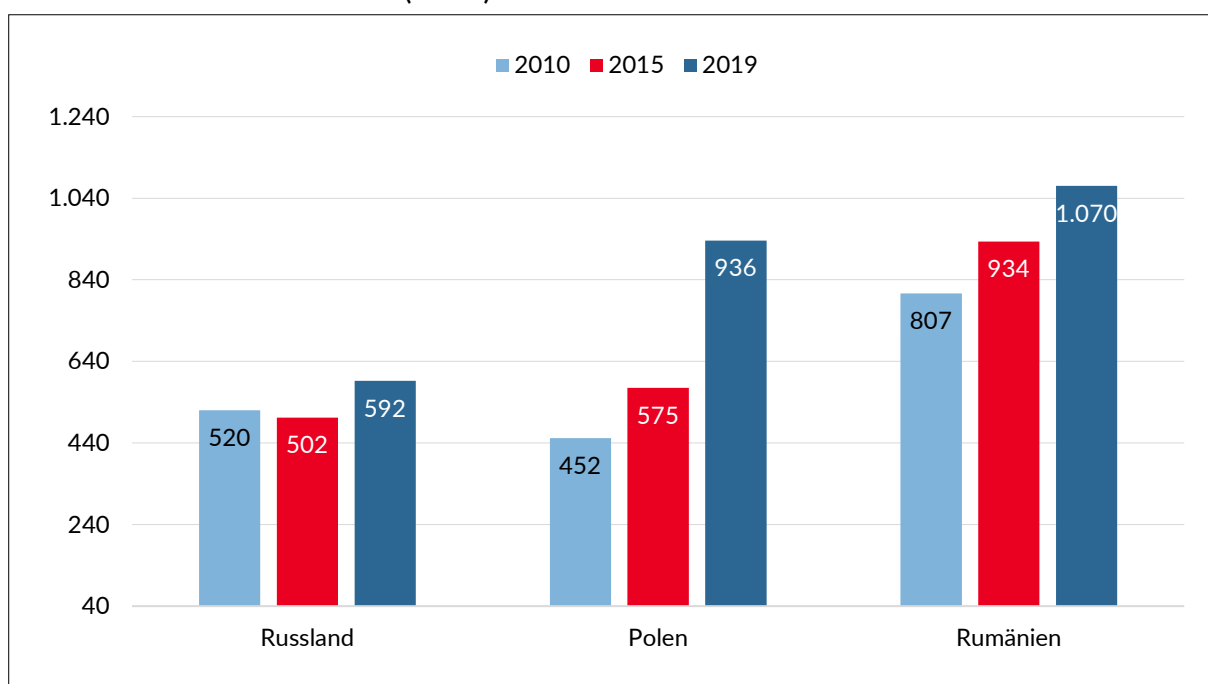
Grafik 3: COVID-19-Wirtschaftskrise im Vergleich zu früheren Wirtschaftskrisen



Quelle: nationale Statistiken, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 4: Pro-Kopf-BIP (zu Kaufkraftparitäten, % des EU-Durchschnitts)

Quelle: nationale Statistiken, Internationaler Währungsfonds, Eurostat, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 5: Nominaler Monatslohn (in EUR)

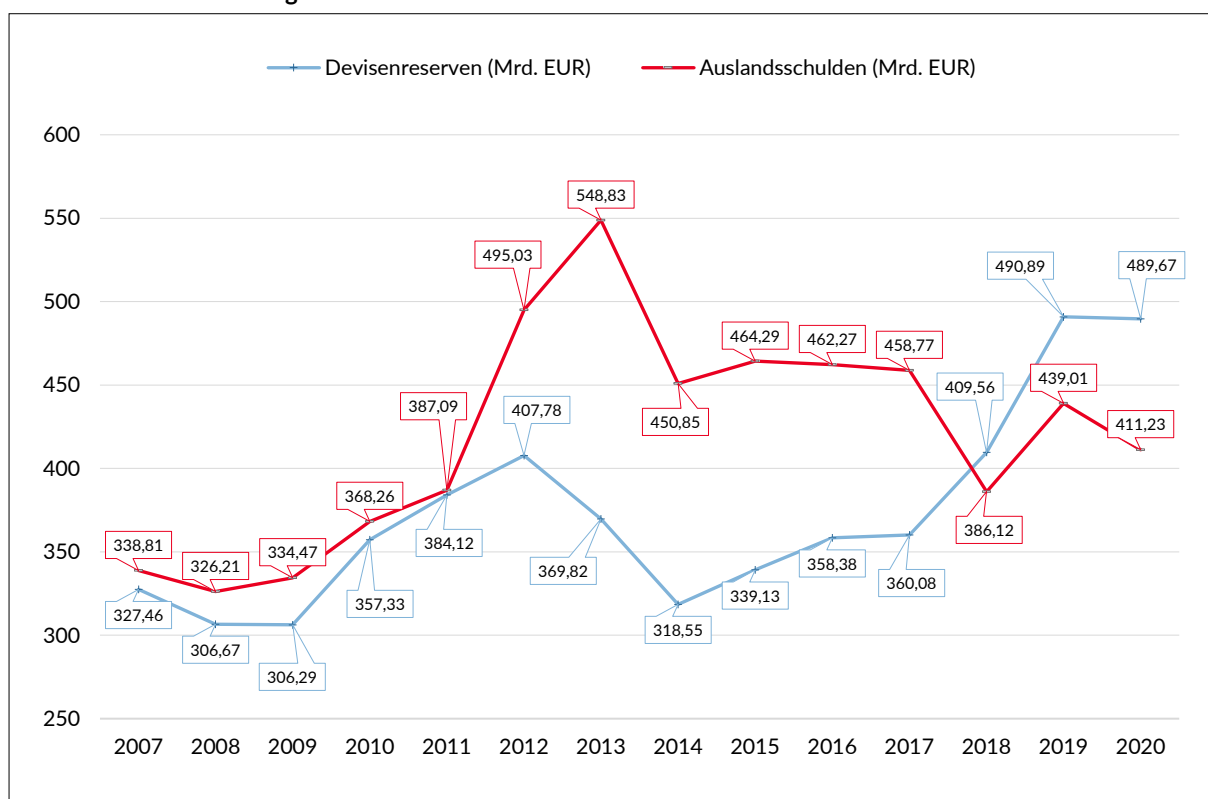
Quelle: nationale Statistiken, Internationaler Währungsfonds, Eurostat, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 6: Anteil ausländischer (nicht-gebietsansässiger) Halter für Lokalwährungsstaatsanleihen (OFZ) am russischen Markt



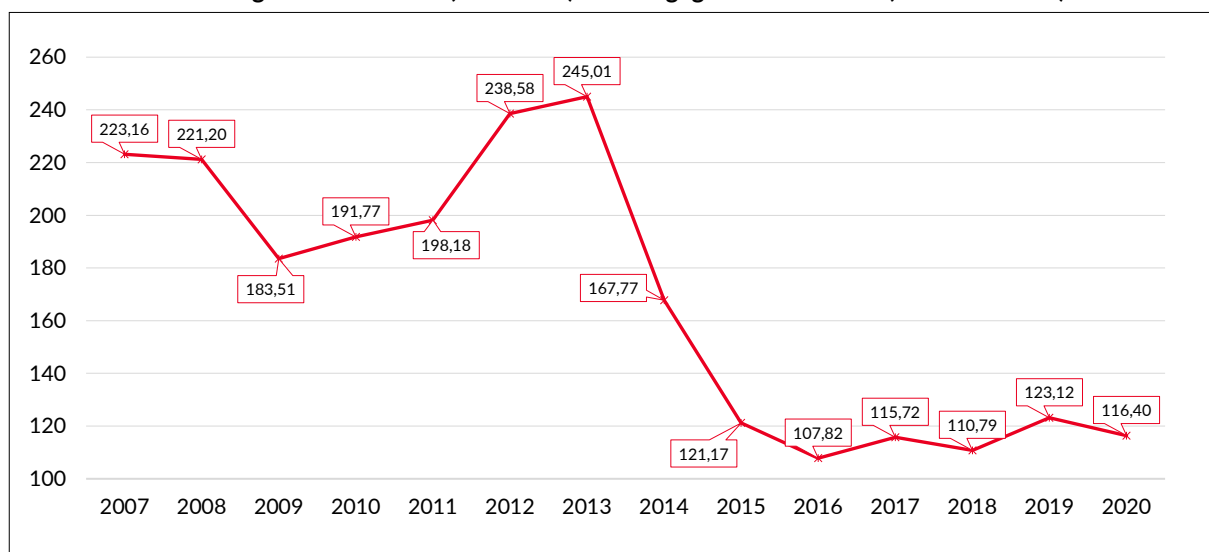
Quelle: Russische Zentralbank, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 7: Entschuldung und Devisenreservenaufbau



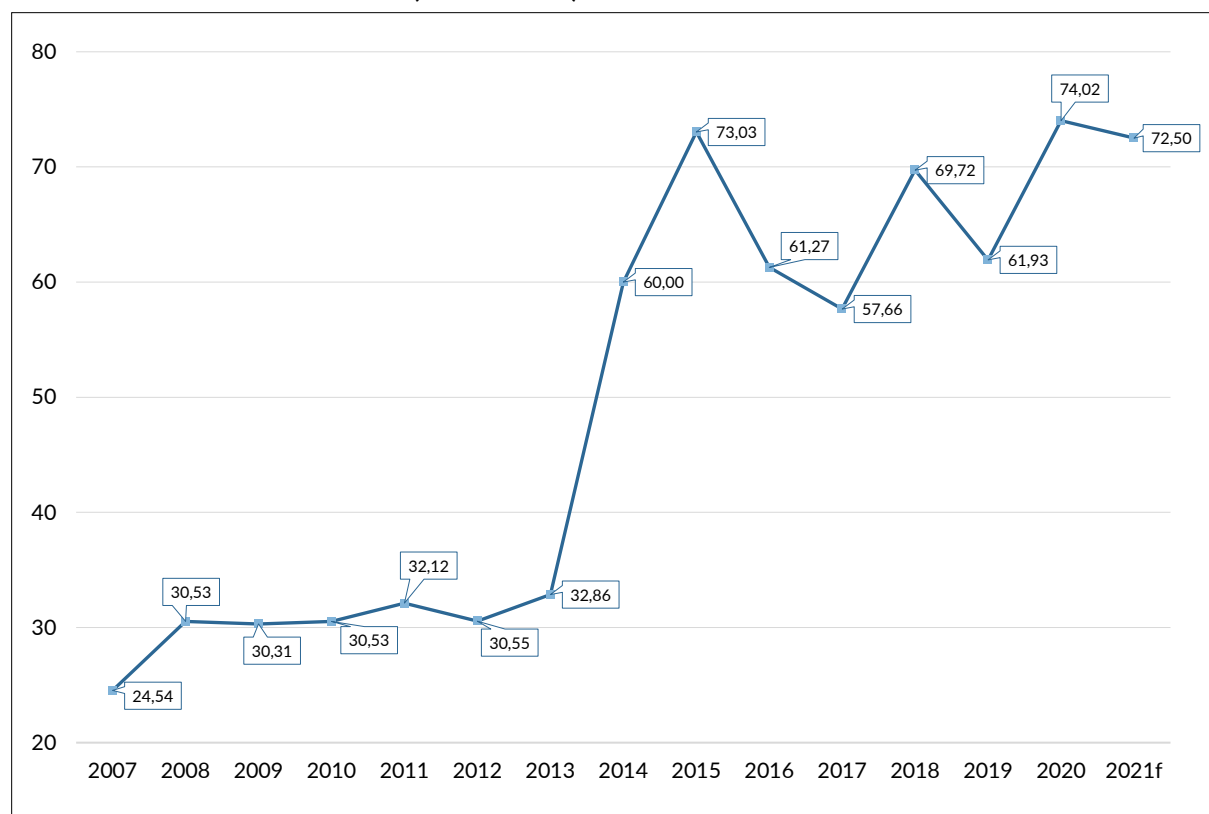
Quelle: nationale Statistiken, Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 8: Forderungen ausländischer (westlicher) Banken gegenüber Russland (Milliarden USD)



Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiffeisen Research

Grafik 9: RUB/USD Wechselkurs (Periodenende)



f – Der Wert für das Jahr 2021 ist ein Vorhersagewert.

Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen Research

Russische kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) in der Corona-Krise – Ein Sterben auf Raten

Michael Martin Richter (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.404.02

Zusammenfassung

Seit vielen Jahren verspricht die Elite Russlands die Stärkung der kleineren und mittleren Unternehmen (KMUs) und deren Rolle in der Volkswirtschaft. Manchmal überschlägt sich dabei die politische Rhetorik im Eifer des Gefechts und zuvor ausgerufene Ziele müssen revidiert werden. So geschehen auch mit den mittelfristigen Entwicklungszielen der KMUs, das heißt Firmen mit bis zu 250 Beschäftigten und 2 Mrd. Rubel Umsatz (ca. 30 Mio. Euro). Diese wurden im Nationalen Projekt mit dem Titel »kleine und mittlere Unternehmen und die Förderung des individuellen Unternehmertums« festgehalten. Zuerst sollte der Anteil dieser Unternehmen am BIP bis zum Jahr 2030 auf 40 % steigen, was später auf 32,5 % gesenkt wurde. Damit wäre das Land jedoch immer noch deutlich hinter anderen Industrienationen. In der EU beispielsweise betrug der Anteil 2019 knapp 56 %. Im Vergleich dazu steuerten russische KMUs im gleichen Zeitraum nur knapp 20 % zum BIP bei und selbst dieser niedrige Wert war seit einigen Jahren *rückläufig*. Die Probleme dafür sind im polit-ökonomischen System selbst zu finden und geben zudem Aufschluss darüber, wie und weshalb die politischen Lenker im Kreml auf die Corona-Krise antworteten und welche Konsequenzen dieses Handeln langfristig haben kann.

Die Auswirkungen des politischen Systems in Russland auf KMUs

Die wirtschaftlichen Strukturen des Landes ähneln stark den politischen. Dies ist auf die Politisierung der Wirtschaft zurückzuführen, die eine Konsequenz des Regimetyps ist. Im Klartext handelt es sich beim flächenmäßig größten Land der Erde um einen autoritären Staat. Davon können zwei wichtige Einsichten in Bezug auf den Stellungwert von KMUs in einem solchen politischen System abgeleitet werden:

Erstens werden KMUs von den Machthabern höchstens als schlechtere Alternative zu Großunternehmen gesehen. Das liegt vor allem daran, dass Letztere, insbesondere wenn es sich um staatseigene Unternehmen handelt, einfacher zu kontrollieren sind, bzw. direkt für politische und finanzielle Interessen des Kremls eingesetzt werden können. Somit sind z. B. mehr oder minder verpflichtende Wahlkampagnen in Großunternehmen ein häufiges Instrument, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Gleichzeitig kann der potenzielle Verlust seines Arbeitsplatzes in einem Unternehmen für Arbeitnehmer abschreckend im Hinblick auf politischen Aktivismus wirken. Je höher somit der Beschäftigtenanteil in Großunternehmen ist, umso einfacher kann von diesen Instrumenten Gebrauch gemacht werden; was in KMUs unter gleicher Zielsetzung aus rein logistischen Gesichtspunkten weniger praktikabel wäre. Entsprechend dieser Devise gehen Berechnungen davon aus, dass ungefähr jeder zweite formell beschäftigte Arbeitnehmer in Russland in einem Unternehmen mit Staatsbeteiligung angestellt ist. Gleichzeitig können auch Entscheidungen

von wenigen, bedeutenden Großunternehmen einfacher politisch gesteuert werden. Sie können so z. B. für außenpolitische Zwecke, wie im Falle von Gazprom, oder Patenschaften für Prestigeprojekte auf lokaler, regionaler als auch auf föderaler Ebene genutzt werden. Es ist somit nicht verwunderlich, dass der Übergang in ein autokratisches System in Russland, der insbesondere nach der Machtübernahme Putins an Tempo zulegte, Hand in Hand mit der Zentralisierung sowie Verstaatlichung von zentralen Wirtschaftszweigen einherging.

Zweitens sind es die Auswüchse einer Autokratie, die stellvertretend für die Probleme stehen, die KMUs heute in Russland daran hindern, zu wachsen. Die politische Vereinnahmung von Großunternehmen in einem System mit formell schwachen Institutionen führte zu einer Zentralisierung der Korruption. Diese ging mit der Instrumentalisierung der Justiz einher, welche ein Mittel zum Zweck in den Händen des Kremls und ihm nahestehender Personen darstellt. Das daraus resultierende unsichere institutionelle Umfeld und die Gefahr von Enteignungen stellt eine ungemaine Barriere für privates Unternehmertum dar. Wettbewerb zwischen Unternehmen findet in einem solchen System weniger auf der Basis von wirtschaftlichen Aspekten denn des Zugangs zu politischen Ressourcen statt. So ist es wenig verwunderlich, dass es dann gerade die Großunternehmen sind, die im wirtschaftlichen Wettbewerb die mit Abstand besten Karten haben. Diese Wettbewerbsverzerrung ist insbesondere wichtig im Hinblick auf den Unterschied zwischen den theoretischen und den faktischen Rahmenbedingungen zum Führen eines Unternehmens.

Aus der politischen Lenkung des freien Wettbewerbs auf dem Markt speist sich die generelle Einstellung von autoritären Staaten gegenüber internationaler Kooperation. In der Wissenschaft allseits bekannt ist die Theorie des demokratischen Friedens, die besagt, dass demokratische Staaten deutlich weniger Kriege gegeneinander führen. Gleichweg findet auch die These breite Zustimmung, dass diese Staaten stärkeren Handel mit der Außenwelt betreiben. Russland ist keine Ausnahme dieser Regel, sondern ein gutes Beispiel im umgekehrten Sinne. Mit zunehmendem Autoritarismus nahmen auch die Konflikte mit Nachbarländern zu, die wirtschaftlich in den Sanktionen, Embargos und der zunehmenden Isolierung Russlands kulminierten. Dies geschah parallel zu einer breit angelegten Strategie der Importsubstitution, bei der ausländische Güter durch einheimische Produkte ersetzt werden sollten. Insbesondere protektionistische Maßnahmen wurden dafür eingesetzt, die jedoch bei Ausbleiben von systemischen Reformen eine Umverteilung von breiten Bevölkerungsschichten zu Gunsten einiger, wenig konkurrenzfähiger Wirtschaftszweige darstellen.

Diese Einschränkungen sind von zentraler Bedeutung. Denn das seit längerem rückläufige Kaufkraftniveau in Russland ist eine buchstäbliche Folge dieser Entwicklungen. Selbst wenn KMUs von keinen direkten Folgen des unsicheren institutionellen Umfelds getroffen werden sollten, beispielsweise in Form von Enteignungen, so sind sie dennoch durch diese wirtschaftliche Stagnation gebeutelt. Im Unternehmensbarometer der KMU-nahen Organisation »Opora« wurde bereits lange vor der Corona-Krise das Fehlen an heimischer Produktnachfrage als Hauptgrund für eine negative Wirtschaftslage der KMUs erkannt. Diese Not wird dadurch erhöht, dass Russlands KMUs in überwältigender Mehrheit ausschließlich auf dem heimischen Markt agieren und nur für knapp 9 % der russischen Ausfuhren *aufserhalb des Rohstoffsektors* stehen. Dies erklärt auch, wieso bereits vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie der Anteil russischer KMUs an der Wirtschaftsleistung des Landes zurückging, da jene überproportional von den hausgemachten Nachfrageproblemen getroffen waren.

Wieso der Staat 2020 anders als 2009 handelte

Die Pandemie traf somit auf einen bereits angeschlagenen und im besten Falle stagnierenden KMU-Sektor in Russland. Der zuvor genannte Zugang zu politischen Ressourcen als wichtigstes Mittel zur Wettbewerbsführung wird dabei auch deutlich in den Anpassungsmechanismen an Krisen sichtbar. Es gab zwar Stützungsmaßnahmen, die die russische Regierung den durch die Corona-Krise gebeutelten Unternehmen anbot. Jedoch war die Dimension dieser Maßnahmen eine völ-

lig andere im Vergleich zu anderen, insbesondere westlichen Ländern. Gerade einmal 4,5 % des BIPs veranschlagten all diese Maßnahmen bis Mai 2021. Im Vergleich dazu fielen die Stimuli und Hilfen in den USA mit 26 % und Deutschland mit 39 % des BIPs um ein Vielfaches höher aus. Auch waren direkte Unterstützungszahlungen, die man in Deutschland u. a. als Überbrückungshilfen kennt, kaum Bestandteil der Maßnahmen der russischen Regierung. Ein Finanztopf zur Stützung von KMUs wurde zwar aufgelegt, jedoch enthielt er gerade einmal 80 Mrd. Rubel, was in etwa 1 Mrd. Euro entspricht. Während der ersten Welle, als sich das Land im Lockdown befand, wurden 12.000 Rubel pro Arbeitnehmer an Unternehmen ausgezahlt. Dies geschah unter der Bedingung, dass die Firma mindestens 90 % der Arbeitsplätze der Vorkrisenzeit beibehielt. Dass dies jedoch mit umgerechnet 170 Euro pro Kopf eine ziemlich bescheidene Hilfszahlung ist, muss hierbei nicht gesondert erwähnt werden. Einen direkten Kanal, um Umsatzausfälle zu kompensieren, ähnlich der in Deutschland bekannten Maßnahmen, gab es in Russland so gesehen nicht.

Wie Umfragen zeigen, nahmen KMUs neben dem Zurückgreifen auf Eigenmittel in erster Linie Kredite auf, um mit den negativen Konsequenzen der Pandemie zurechtzukommen. Von Seiten der Regierung wurden dafür die Voraussetzungen zur Kreditvergabe gelockert und Staatsbanken spielten eine beträchtliche Rolle in der praktischen Umsetzung. Ein spezielles Programm wurde explizit für KMUs aufgesetzt, das vorsah, kurzfristige Kredite (bis zu 12 Monate) mit einer niedrigen Verzinsung zur Verfügung zu stellen. In der Praxis stellte sich jedoch heraus, dass diese Kredite häufig verwehrt wurden und eine hohe Ablehnungsquote (bis zu 70 % in der ersten Welle) ließ sogar den Wirtschaftsombudsmann, Boris Titov, im Kreml intervenieren, was letztlich von Erfolg geprägt war. Die gelockerten Bedingungen zur Kreditvergabe wurden von Seiten des Staates durch ein Moratorium für Inspektionen und einer Lockerung der Insolvenzregelungen komplementiert. Hinzu kamen Stundungen bzw. Verlagerungen für die Zahlung von Steuerschulden sowie Sozialabgaben. In der Gesamtwirtschaft sollen diese Maßnahmen zu *Einsparungen* von rund 25 Mrd. Euro (ca. 2 Billionen Rubel) geführt haben. Jedoch waren sie, wie bereits erwähnt, relativ bescheiden in ihrem Umfang, insbesondere in Anbetracht der knapp 118 Milliarden Euro, die der staatliche »Nationale Vermögensfonds« Russlands, der für genau solche Krisen gedacht ist, im März 2020 zur Verfügung hatte. Diese Tatsache wirkt noch paradoxer, wenn gleichzeitig die weitere Wertentwicklung dieses Vermögensfonds betrachtet wird. Der Gesamtwert stieg nämlich bis August 2020 auf über 145 Mrd. Euro an, da der Goldpreis im Zuge der Pandemie anzog

und das Edelmetall inzwischen die Größte Position dieses Fonds darstellt.

Dass der russische Staat jedoch auch anders wirtschaften kann, wurde während der Weltwirtschaftskrise 2009 sichtbar. Damals pumpte der Kreml den Gegenwert von 6,8 % seines BIPs in den Markt in Form von Stützungsmaßnahmen und Stimuli, was den *größten Wert* aller G20-Staaten darstellte. Knapp 45 % des damaligen Reservefonds, der 2018 mit dem Nationalen Vermögensfond fusionierte, wurden dafür aufgebraucht. Dabei zeigten Studien, dass von diesen enormen Summen überproportional stark Großunternehmen profitierten. Dies trifft auch im Kern einen der zwei Gründe, weshalb der Kreml im Vergleich zu 2009 in der Corona-Krise einen Paradigmenwechsel vollzog und deutlich zurückhaltender agierte.

Erstens kann anhand von Unternehmensdaten abgelesen werden, dass in erster Linie KMUs von den Einschränkungen der ersten Welle getroffen waren. Während angenommen wurde, dass die Gewinne der größten Unternehmen des Landes um 8 % fallen werden, fielen sie für die anderen Unternehmen um rund 40 %. Zweitens wird der 2009 noch nicht in diesem Ausmaß vorhandene Fiskalkonservatismus des Kremls als zusätzlicher Grund für das Ausbleiben einer größeren Reaktion 2020 sein. Es wurde viel über die russische Strategie der relativen Unabhängigkeit von globalen Schocks, ergo auch Sanktionen, geschrieben. Die Idee einen großen fiskalischen Puffer zu haben, um so den Einfluss von heutigen und potenziell zukünftigen Strafmaßnahmen zu verringern, scheint den Kreml spätestens seit der Ukrainekrise prioritär umzutreiben. Dies führte dazu, dass der Fiskalkonservatismus und die gleichzeitige Strategie zur Importsubstitution an Fahrt aufnahmen.

Staatliche Hilfen – nicht nur ein Angebotsproblem

Bei einer genaueren Untersuchung der KMUs wird dabei jedoch sichtbar, dass nicht einzig und allein das wenig ambitionierte Hilfspaket der russischen Regierung von Bedeutung ist. Selbst dieses eher bescheidene Angebot traf auf eine geringe Nachfrage seitens der Unternehmen. Die Betrachtung der Gründe für diesen Zustand führt wiederum zu den eingangs erörterten politischen Merkmalen des Systems Putin. Laut Experten der Hochschule »RANEPA« nahmen knapp 90 % der KMUs die eigentlich verfügbaren Hilfen nicht an. Als Hauptgrund wurden das mangelnde Vertrauen der Unternehmer in die russische Regierung, die niedrigen Unterstützungssummen, sowie übermäßige Bürokratie angeführt. Andere Studien kamen zum Ergebnis, dass zwar 40 % der KMUs irgendeine Art von Hilfe in Anspruch nahmen, was dennoch 60 % der Unternehmen außen vorlässt.

Diese Kombination an mangelnder Nachfrage und eines mangelnden Angebots an staatlicher Unterstützung kann sich jedoch als tickende Zeitbombe herausstellen. Denn dadurch, dass in erster Linie Stützkredite aufgenommen wurden, ist ein deutlicher Anstieg der Schuldenlast zu beobachten. Knapp zwei Drittel der kleinen Unternehmen in Russland werden inzwischen als Schuldner gesehen. Da die Kredite in der Regel für einen kurzen Zeitraum gedacht waren, nahen Rückzahlungstermine. Aus dem Sberbank-»KMU Wachstumsindex« wird deutlich, dass nicht einmal die Hälfte der verschuldeten KMUs in der Lage ist, jene nun zurückzuzahlen. Und obgleich der Aussetzung der Insolvenzregeln für KMUs im Zuge der Pandemie schloss bis August 2020 knapp jedes fünfte KMU. Parallel dazu kamen zwar neue Unternehmensgründungen, jedoch schlug der Nettoverlust an Unternehmen dieser Art in diesem Zeitraum mit knapp 4,2 % zu Buche.

Nichtsdestotrotz hellte sich die Situation der KMUs im Zuge der zweiten und dritten Pandemiewelle auf, was in erster Linie auf das weitgehende Ausbleiben von pandemiebedingten Einschränkungen in Russland zurückgeführt werden kann. Die Öffnung der Wirtschaft inmitten einer Pandemie kann dabei als Weg gesehen werden, den heimischen Konsum, das Hauptproblem der KMUs, zu stärken, insbesondere in einer Lage, in der der Kreml nicht gewillt ist, größere Stimuli auf den Weg zu bringen und den Unternehmen augenscheinlich das Vertrauen in die Regierung fehlt, jene anzunehmen. Der Nachteil dieser Politik liegt jedoch auf der Hand, nämlich viele Todesfälle und ungeahnte Langzeitfolgen für Betroffene. Die tatsächliche Übersterblichkeit in Russland während der Pandemie wird dementsprechend von verschiedenen, unabhängigen Stellen auf 400.000 bis 600.000 Toten beziffert, was einen der höchsten Werte weltweit darstellt.

Die aktuellen Maßnahmen und das damit verbundene Rückgreifen vieler KMUs auf Kredite führen somit viele dieser Unternehmen vor die langfristige Zahlungsunfähigkeit. Besonders weil viele KMUs bereits vor der Pandemie zu kämpfen hatten und die Probleme durch die Krise und die spärliche Antwort darauf von Seiten des Kremls potenziert wurden. Eine Negativspirale ist seit längerer Zeit im Gange und wenig deutet auf einen Ausbruch daraus hin. Auch im ersten Quartal 2021 sanken die real verfügbaren Einkommen der Bevölkerung um 3,6 %, was das achte Jahr des Rückgangs in Folge darstellt. Der Grund dafür ist im politischen System selbst zu finden. Sollten keine tiefgreifenden Systemreformen kommen, so wird die durch die Corona-Pandemie gestiegene Schuldenlast für viele KMUs den Tod auf Raten bedeuten.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Michael Martin Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen sowie Doktorand der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS).

Der Beitrag wurde im Rahmen des von der EU finanzierten Innovativen Trainingsnetzwerks »MARKETS« verfasst und stellt ausschließlich die Meinung des Autors dar.

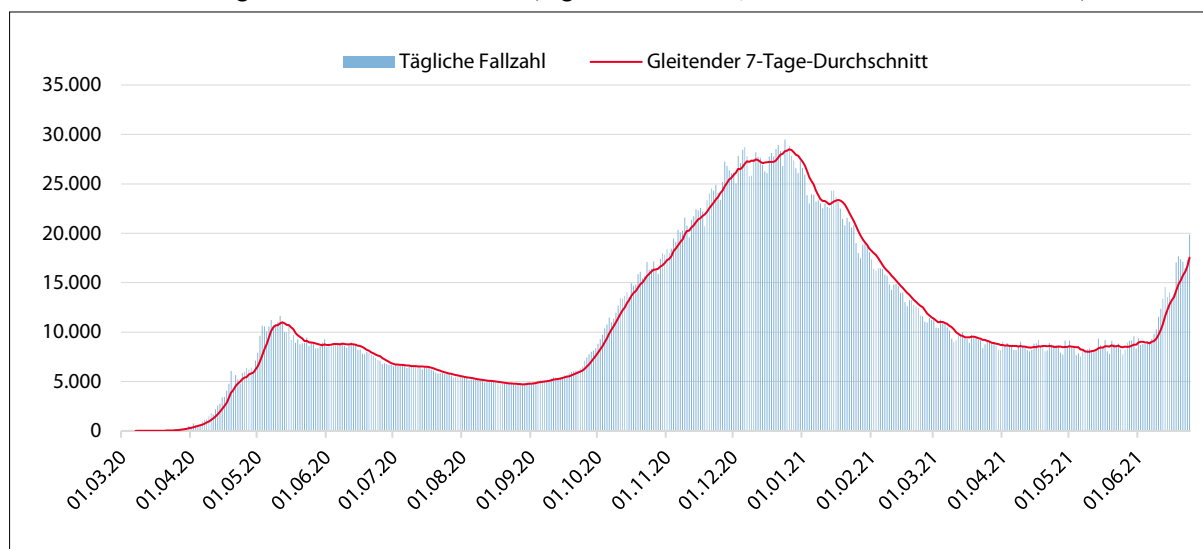
Lesetipps:

- Åslund, Anders. Russia's Crony Capitalism. Yale University Press, 2019.
- Belton, Catherine. Putin's people: how the KGB took back Russia and then took on the West. Farrar, Straus and Giroux, 2020.
- Dawisha, Karen. Putin's kleptocracy: who owns Russia?. Simon and Schuster, 2015.
- Miller, Chris. Putinomics: Power and money in resurgent Russia. UNC Press Books, 2018.
- Sakwa, Richard. Putin redux: Power and contradiction in contemporary Russia. Routledge, 2014.

STATISTIK

Covid-19 in Russland, Stand 24. Juni 2021

Die Covid-19-Statistik wird nach dem Ende der Sommerpause eingestellt. Interessierte Leser_innen können sich über den Verlauf der Covid-19-Pandemie in Russland unter Verwendung entsprechender Filter auf folgenden Seiten im Internet informieren: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>, https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv, [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv), https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Russia.csv.

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (tägliche Fallzahlen, 01. März 2020 – 24. Juni 2021)

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–14.05.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 24.06.2021, 12:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

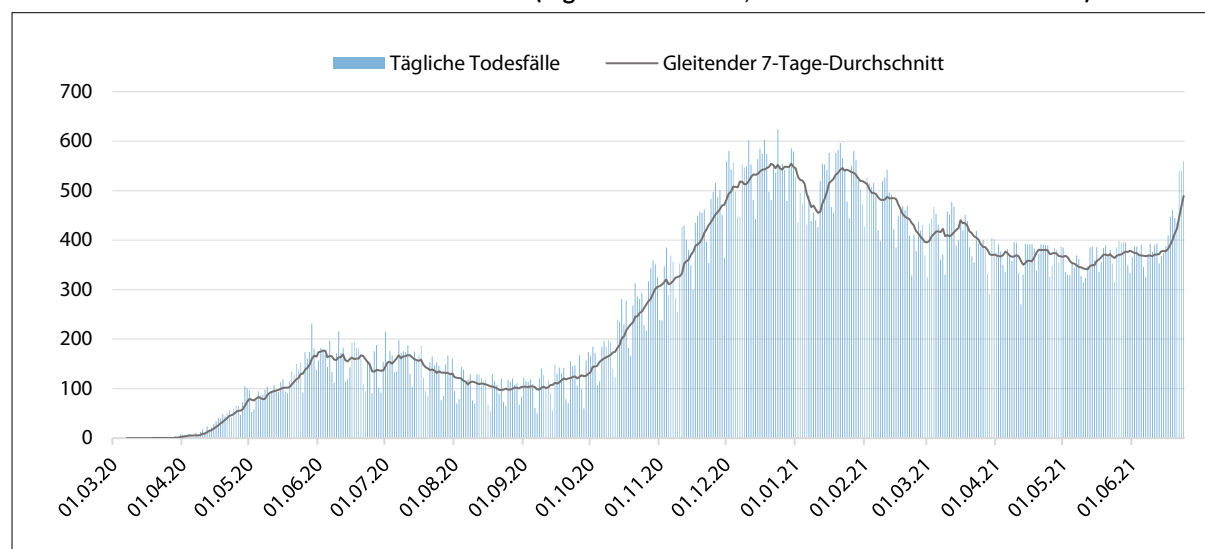
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 15. Mai – 24. Juni 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
15.05.21	4.875.308	8.667	05.06.21	5.058.221	9.011
16.05.21	4.883.734	8.426	06.06.21	5.067.246	9.025
17.05.21	4.892.938	9.204	07.06.21	5.076.543	9.297
18.05.21	4.900.995	8.057	08.06.21	5.086.386	9.843
19.05.21	4.908.794	7.799	09.06.21	5.096.657	10.271
20.05.21	4.917.906	9.112	10.06.21	5.108.217	11.560
21.05.21	4.926.717	8.811	11.06.21	5.120.578	12.361
22.05.21	4.935.302	8.585	12.06.21	5.133.938	13.360
23.05.21	4.944.129	8.827	13.06.21	5.148.499	14.561
24.05.21	4.952.412	8.283	14.06.21	5.162.049	13.550
25.05.21	4.960.174	7.762	15.06.21	5.176.051	14.002
26.05.21	4.968.421	8.247	16.06.21	5.189.260	13.209
27.05.21	4.977.332	8.911	17.06.21	5.203.117	13.857
28.05.21	4.986.458	9.126	18.06.21	5.220.168	17.051
29.05.21	4.995.613	9.155	19.06.21	5.237.847	17.679
30.05.21	5.005.171	9.558	20.06.21	5.255.214	17.367
31.05.21	5.013.512	8.341	21.06.21	5.272.328	17.114
01.06.21	5.022.881	9.369	22.06.21	5.288.766	16.438
02.06.21	5.031.583	8.702	23.06.21	5.306.069	17.303
03.06.21	5.040.390	8.807	24.06.21	5.325.940	19.871
04.06.21	5.049.210	8.820			

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–14.05.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 24.06.2021, 12:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (tägliche Todesfälle, 01. März 2020 – 24. Juni 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–14.05.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 24.06.2021, 12:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

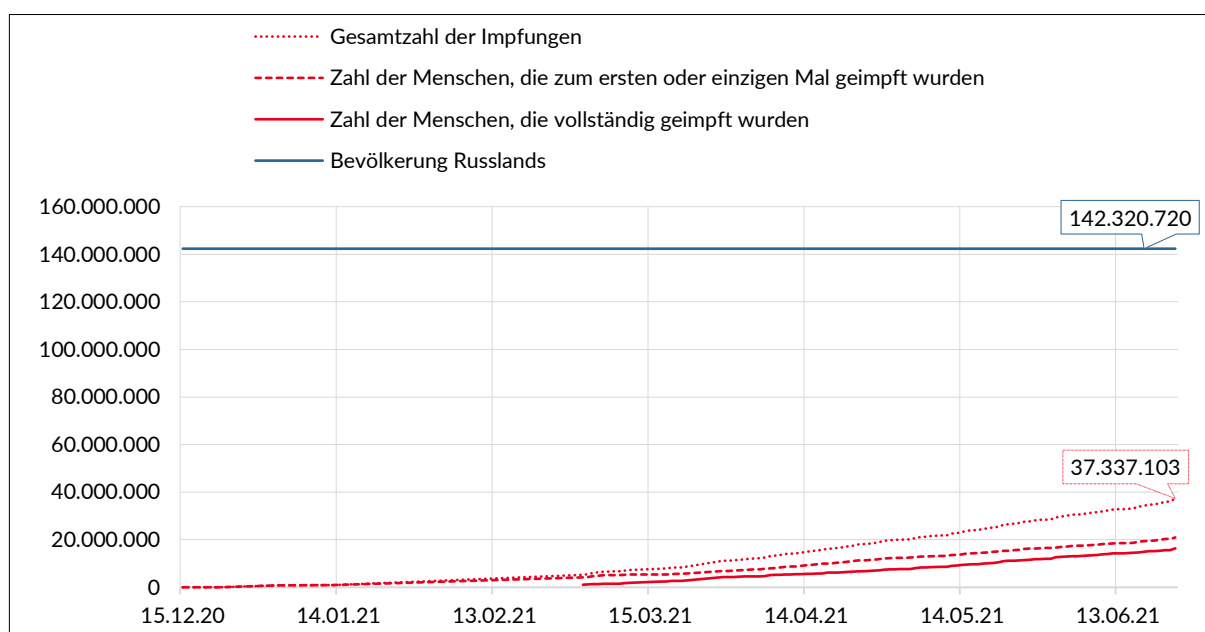
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (15. Mai – 24. Juni 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
15.05.21	113.541	359	05.06.21	121.365	391
16.05.21	113.927	386	06.06.21	121.711	346
17.05.21	114.263	336	07.06.21	122.037	326
18.05.21	114.619	356	08.06.21	122.409	372
19.05.21	115.003	384	09.06.21	122.802	393
20.05.21	115.393	390	10.06.21	123.178	376
21.05.21	115.764	371	11.06.21	123.568	390
22.05.21	116.144	380	12.06.21	123.961	393
23.05.21	116.497	353	13.06.21	124.314	353
24.05.21	116.812	315	14.06.21	124.681	367
25.05.21	117.197	385	15.06.21	125.055	374
26.05.21	117.595	398	16.06.21	125.443	388
27.05.21	117.990	395	17.06.21	125.853	410
28.05.21	118.386	396	18.06.21	126.300	447
29.05.21	118.781	395	19.06.21	126.761	461
30.05.21	119.130	349	20.06.21	127.206	445
31.05.21	119.464	334	21.06.21	127.641	435
01.06.21	119.830	366	22.06.21	128.180	539
02.06.21	120.217	387	23.06.21	128.719	539
03.06.21	120.604	387	24.06.21	129.278	559
04.06.21	120.974	370			

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–14.05.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laenderanalysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 24.06.2021, 12:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

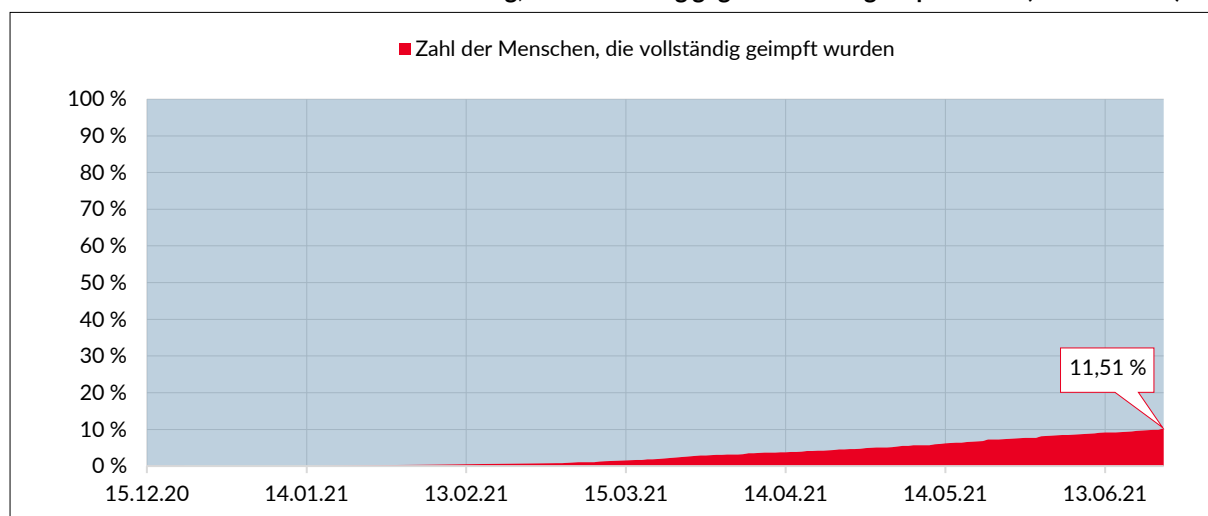
Grafik 3: Anzahl der Impfungen gegen Covid-19 in Russland (24. Juni 2021)



Verimpfte Impfstoffe: Sputnik V, EpiVacCorona

Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Russia.csv, unter Verwendung von Daten von <http://government.ru/news/41122/>, <https://tass.com/society/1238521>, <https://tass.com/society/1241979>, <https://twitter.com/redouad/status/1350030539944820736>, <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>

Grafik 4: Anteil der russischen Bevölkerung, der vollständig gegen Covid-19 geimpft wurde (24. Juni 2021)



Verimpfte Impfstoffe: Sputnik V, EpiVacCorona

Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Russia.csv, unter Verwendung von Daten von <http://government.ru/news/41122/>, <https://tass.com/society/1238521>, <https://tass.com/society/1241979>, <https://twitter.com/redouad/status/1350030539944820736>, <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 03. – 30. Mai 2021

03.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.489 auf insgesamt 4.831.744 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 111.198 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.635 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
04.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.770 auf insgesamt 4.839.514 angestiegen. Dies ist der niedrigste Zuwachs seit Ende September 2020. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 111.535 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.050 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
05.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.975 auf insgesamt 4.847.489 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 111.895 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.432 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
06.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.639 auf insgesamt 4.855.128 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 112.246 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.114 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
06.05.2021	Das russische Gesundheitsministerium lässt den vom »Gamaleja-Institut« entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik light« zu. Das Vakzin muss zur Entfaltung der vollen Wirkung nur einmal verabreicht werden, die Immunität besteht allerdings nur etwa ein halbes Jahr. Es soll in besonders betroffenen Gebieten eingesetzt werden, um eine schnelle Immunität der Bevölkerung zu erreichen.
06.05.2021	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass nur noch in vier russischen Regionen die Ansteckungszahlen mit Covid-19 wachsen. In 32 Regionen seien die Zahlen rückläufig. Die landesweite Sieben-Tage-Inzidenz läge zurzeit bei 41,3 je 100.000 Einwohner:innen.
07.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.386 auf insgesamt 4.863.514 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 112.622 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.846 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

08.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.329 auf insgesamt 4.871.843 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 112.992 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.765 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
09.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.419 auf insgesamt 4.880.262 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 113.326 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.828 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
10.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.465 auf insgesamt 4.888.727 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 113.647 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.896 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
11.05.2021	In der Republik Sacha (Jakutien) bleiben Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen ab sofort geschlossen. Außerdem wird Schulunterricht bis zur achten Klasse als Fernunterricht stattfinden. Diese Maßnahme soll der Eindämmung der Conoravirus-Pandemie dienen. In Jakutien wurden in den vergangenen 24 Stunden 112 neue Covid-19-Infektionen festgestellt.
11.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.115 auf insgesamt 4.896.842 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 113.976 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.628 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
12.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.217 auf insgesamt 4.905.059 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 114.331 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.718 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
12.05.2021	Der Gouverneur von Sankt Petersburg, Aleksandr Beglow, gibt bekannt, dass die Sozialausgaben des städtischen Haushalts im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um fast 30 Prozent gestiegen sind. Rund 77 Milliarden Rubel (etwa 855 Millionen Euro) fielen für die Unterstützung der Bevölkerung in der Covid-19-Pandemie an.
13.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.380 auf insgesamt 4.913.439 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 114.723 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.787 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
13.05.2021	Die Malediven lassen den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
14.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.462 auf insgesamt 4.922.901 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 115.116 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.818 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
14.05.2021	Der vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelte Covid-19-Impfstoff »EpiVakCorona« steht ab sofort in den Impfzentren in Moskau zur Verfügung. Dies teilte die stellvertretende Moskauer Bürgermeisterin Anastassija Rakowa mit. Bisher wurde ausschließlich der vom »Gamaleja-Institut« entwickelte Impfstoff »Sputnik V« verimpft.
14.05.2021	Russland nimmt ab dem 25. Mai 2021 den Flugverkehr mit Island, Malta, Mexiko, Portugal und Saudi-Arabien wieder auf. Dieser war im März 2020 aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus ausgesetzt worden.
15.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.790 auf insgesamt 4.931.691 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 115.480 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.073 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
15.05.2021	Ecuador lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Außerdem wurde der ebenfalls vom »Gamaleja-Institut« entwickelte Impfstoff »Sputnik light« bereits in Venezuela, Angola und Bahrain zugelassen. »Sputnik light« ist bereits nach der ersten Dosis voll wirksam, der Schutz hält allerdings nur etwa sechs Monate an. Nach Vorstellung des »Gamaleja-Instituts« soll er in Hochinzidenzgebieten eingesetzt werden, um eine schnelle Herdenimmunität zu erreichen.
15.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.554 auf insgesamt 4.940.245 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 115.871 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.789 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
17.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.328 auf insgesamt 4.949.573 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 116.211 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.573 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
17.05.2021	In den städtischen Krankenhäusern von Sankt Petersburg werden weitere 459 Betten für die Behandlung von Covid-19-Patienten zur Verfügung gestellt. Begründet wurde diese Maßnahme mit den steigenden Fallzahlen in der Stadt.

18.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.183 auf insgesamt 4.957.756 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 116.575 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.430 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
19.05.2021	Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagt seinem tadschikischen Amtskollegen Sirdjiddin Muchiddin die kostenlose Lieferung des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« zu. Dies sei Teil der anlässlich eines Treffens der Präsidenten beider Länder am 8. Mai 2021 in Moskau getroffenen Vereinbarung.
19.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.920 auf insgesamt 4.965.676 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 116.965 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.096 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
19.05.2021	Nach Angaben des russischen Gesundheitsministeriums erkrankten in Russland seit Beginn der Covid-19-Pandemie rund 560.000 Kinder an dem Virus. 112.000 wurden stationär behandelt.
20.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.232 auf insgesamt 4.974.908 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 117.361 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.312 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
20.05.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin gibt bekannt, dass im Jahr 2021 Ausgaben in Höhe von 26 Milliarden Rubel (etwa 289 Millionen Euro) für die Impfung der russischen Bevölkerung gegen Covid-19 geplant sind. Er betonte, dass die Impfungen fortgesetzt werden sollen, bis eine Herdenimmunität erreicht ist.
20.05.2021	Die russische Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« beobachtet die verstärkte Verbreitung der britischen Mutation des Coronavirus in Russland. Zwischen den Maifeiertagen sei in 401 Proben die britische Mutante nachgewiesen worden.
21.05.2021	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass in den Krankenhäusern der Stadt zurzeit rund 9.000 an Covid-19 erkrankte Menschen behandelt werden. Außerdem betonte er, dass sich jeder impfwillige Einwohner der Stadt gegen Covid-19 impfen lassen könne. Die Zahl der Geimpften ist in Moskau, nach Aussagen Sobjanins, geringer als in jeder anderen europäischen Großstadt.
21.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.937 auf insgesamt 4.983.845 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 117.739 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.954 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
21.05.2021	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass bisher 1,4 Millionen Einwohner der Hauptstadt die erste von zwei notwendigen Impfdosen gegen Covid-19 erhalten hätten. 1,3 Millionen Moskauer seien bereits vollständig geimpft. Die Impfungen gegen Covid-19 begannen in Moskau Anfang Dezember 2020.
21.05.2021	Die aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Sankt Petersburg werden bis zum 12. Juli 2021 aufrechterhalten. Einen entsprechenden Erlass unterzeichnete Gouverneur Aleksandr Beglow.
22.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.709 auf insgesamt 4.992.554 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 118.125 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.653 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
22.05.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin gibt bekannt, dass der inländische Coronavirus-Impfstoff »Sputnik V« in fast 70 Ländern weltweit registriert wurde.
22.05.2021	Griechenland verlängert die Einreiseerlaubnis für Russinnen und Russen, die gegen das Coronavirus geimpft, negativ getestet oder von der Krankheit genesen sind bis 31. Mai.
23.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen übersteigt in Russland die Fünf-Millionen-Marke. Innerhalb der vergangenen 24 Stunden ist die Zahl um 8.951 auf insgesamt 5.001.505 gestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 118.482 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.924 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
24.05.2021	Mehr als zehn Millionen Menschen sind in Russland vollständig gegen das Coronavirus geimpft. Insgesamt haben 25 Millionen Menschen in Russland eine Impfdosis erhalten. Die Impfbereitschaft gilt in Russland als sehr gering.
24.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.406 auf insgesamt 5.009.911 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 118.801 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.487 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
24.05.2021	Das griechische Außenministerium erklärt in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie, dass mit »Sputnik V« geimpfte Reisende keine Probleme bei der Einreise nach Griechenland haben werden.

24.05.2021	In Indien beginnt die Produktion des russischen Impfstoffs »Sputnik V«, der gegen eine Covid-19-Infektion schützt.
25.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 7.884 auf insgesamt 5.017.795 gestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 119.194 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.075 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
25.05.2021	Russland verkauft laut dem Wirtschaftsmedium Forbes 205 Millionen Dosen des Covid-19-Vakzins »Sputnik V« an 45 Staaten. Mehr als 16,3 Millionen Dosen seien bereits ausgeliefert worden, die größte Tranche mit 6,5 Millionen Dosen ging demnach an Argentinien.
25.05.2021	Die Regionalregierung der russischen Republik Sacha (ehemals Jakutien) verpflichtet einzelne Berufsgruppen und Betriebsärztinnen und -ärzte zu Impfungen gegen das Coronavirus und droht bei Ablehnung mit Geldstrafen von bis zu 200.000 Rubel (etwa 2.200 Euro).
25.05.2021	Russland nimmt Flugverbindungen mit Island, Malta, Mexiko, Portugal und Saudi-Arabien wieder auf. Russland erhöht zudem die Zahl der Flüge von und nach Südkorea, Finnland und Japan. Die Einschränkungen wurden zuvor erlassen, um die weltweite Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie einzuschränken.
26.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin sagt in einer Rede, die im Fernsehsender »Rossija 24« übertragen wird, dass es in Russland keine Covid-19-Impfpflicht geben werde.
26.05.2021	Die Regionalregierung der russischen Republik Sacha (ehemals Jakutien) dementiert eine Teil-Impfpflicht gegen das Coronavirus vom Vortag. Es gebe keinen Zwang, sagt Gouverneur Aisen Nikolaew gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur Tass. Gleichzeitig kritisiert er eine geringe Impfbereitschaft der Bevölkerung.
26.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.373 auf insgesamt 5.026.168 gestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 119.600 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.416 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.05.2021	Russland beginnt mit Massimpfungen gegen das Coronavirus für Tiere und Haustiere. Das Vakzin »Cornivac-Cov«, das in Russland entwickelt und im April zugelassen wurde, sei in öffentlichen und privaten Veterinärkliniken erhältlich, teilte das staatliche Veterinäramt Rosselchhosnadsor am Mittwoch mit. Das Amt bestätigt den ersten Fall einer Coronavirusinfektion bei einer Hauskatze.
26.05.2021	Die Slowakei erlaubt den Einsatz des russischen Covid-19-Vakzins »Sputnik V«. Spätestens ab 7. Juni sollen Menschen in der Slowakei mit dem Vakzin geimpft werden. Die erste Charge von »Sputnik V« hatte das Land am 1. März erhalten.
27.05.2021	Russland und die Kinderhilfsorganisation UNICEF schließen einen Liefervertrag über 220 Millionen Dosen des »Sputnik V«-Vakzins. Die Lieferung an die Organisation der Vereinten Nationen steht unter dem Vorbehalt, dass der Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« eine Notfallzulassung der Weltgesundheitsorganisation WHO erhält.
27.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.039 auf insgesamt 5.035.207 gestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 120.002 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.105 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
27.05.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin kündigt in einem Gespräch mit dem belarussischen Ministerpräsidenten Roman Golowtschenko an, dass Russland die Verkehrsverbindungen mit Weißrussland ausbaut und führt als Grund die zuvor in der Corona-Pandemie reduzierten Flüge an.
28.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.252 auf insgesamt 5.044.459 gestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 120.406 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.274 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
28.05.2021	Die Ethikkommission des russischen Gesundheitsministeriums erteilt keine Genehmigung für klinische Studien eines Coronavirus-Impfstoffs, der Russlands »Sputnik V« und das britische »AstraZeneca« kombinieren soll.
29.05.2021	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.289 auf insgesamt 5.053.748 gestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 120.807 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.241 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
29.05.2021	Der Gouverneur der Stadt Sewastopol auf der Halbinsel Krim, Michail Raswoschajew, verkündet eine Verlängerung des Katastrophenfalls bis 30. Juni. Nach Angaben der Regierung war die Zahl der Fälle von Coronavirus-Infektionen zuletzt wieder deutlich gestiegen, von 25 auf mehr als 30 Fälle am Tag. Größere Veranstaltungen bleiben verboten, es besteht weiter Maskenpflicht und chronisch Kranken sowie Schwangeren wird empfohlen, sich zu isolieren. Das gleiche gilt für den Krai Kolyma im Fernen Osten. Die autonome Republik Mari El verlängert bis 5. Juli.

30.05.2021	In Russland stecken sich wieder deutlich mehr Menschen mit dem Coronavirus an. Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.694 auf insgesamt 5.063.442 gestiegen. Das ist der höchste Wert seit 19. März. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 121.162 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.719 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
30.05.2021	Der Chef des russischen Gesundheitsministeriums, Michail Muraschko, appelliert an russische Bürger_innen, sich gegen das Corona-Virus zu impfen und betont, dass es wichtig sei, Herdenimmunität zu erreichen. Etwa elf Prozent der Menschen in Russland sind zu diesem Zeitpunkt geimpft. Die niedrige Impfquote nennt der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin eine »Schande«. Bisher sind im Land vier Coronavirus-Impfstoffe registriert, »Sputnik V«, den es auch in einer Einmal-Impfung gibt, sowie »Gamalea«, »EpiVakkorona« und »Koviva«.
30.05.2021	Israel verbietet Reisen nach Russland wegen steigender Covid-19-Infektionen in Russland. Um einreisen zu dürfen, müssen israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eine Sondergenehmigung einholen und sich nach ihrer Rückkehr für zwei Wochen in Heimquarantäne begeben.
30.05.2021	Griechenland verlängert die Einreiseerlaubnis für Russinnen und Russen, die gegen das Coronavirus geimpft, negativ getestet oder von der Krankheit genesen sind bis 7. Juni.

Die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz und Clara Lipkowski

CHRONIK

17. Mai – 10. Juni 2021

17.05.2021	In der Republik Komi ist eine Erdöl-Pipeline des Konzerns »Lukoil-Komi« leckgeschlagen. Die russische Umweltschutzbehörde »Rosprirodnadsor« schätzt die Größe des entstandenen Ölteppichs auf 1,3 Hektar. Etwa 100 Tonnen Öl sollen ausgetreten sein, laut der Behörde seien 9 Tonnen in einen Fluss gelangt. Bereits am 11. Mai 2021 war ein Regenbogenfilm auf dem Fluss Kolwa in Ussinsk entdeckt worden. In der Gemeinde wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, die Ölbohrungen auf dem betreffenden Feld wurden eingestellt.
17.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin verlängert die Amtszeit des Gesandten für den Föderationskreis Nordkaukasus, Jurij Tschajka, um ein Jahr. Tschajka, der bis 2020 leitender Generalstaatsanwalt war, wird am 21. Mai 2021 70 Jahre alt. Das Gesetz sieht eine Altersgrenze für Staatsbeamte bei 65 Jahren vor, erlaubt jedoch die Verlängerung der Dienstzeit durch den Präsidenten.
18.05.2021	Nordmazedonien weist einen russischen Diplomaten aus. Dies teilte das nordmazedonische Außenministerium mit. Die Gründe für die Ausweisung wurden nicht genannt. Russland erwägt spiegelbildliche Maßnahmen.
18.05.2021	Die russische Staatsduma nimmt in erster Lesung ein Gesetz an, dass es russischen Staatsbürgern und juristischen Personen verbietet, die Arbeit von in Russland »unerwünschten« Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen. Auch die Beteiligung an der Arbeit solcher NGOs außerhalb Russlands soll verboten werden.
18.05.2021	Die russische Staatsduma nimmt in erster Lesung ein Gesetz an, dass es russischen Staatsbürgern, die für Organisationen arbeiten, die als »extremistisch« eingestuft wurden, über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren verbietet, bei Wahlen zur Staatsduma zu kandidieren. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Bürger, die Mitglieder öffentlicher oder religiöser Vereinigungen sind, die per Gerichtsentscheid wegen Extremismus oder Terrorismus geschlossen wurden, vorübergehend nicht in die Duma gewählt werden dürfen. Dies gilt auch für Personen, die an den Aktivitäten solcher Organisationen beteiligt sind, sei es organisatorischer, beratender oder finanzieller Art.
19.05.2021	Der Chefredakteur der Zeitung »Wedomosti«, Andrej Schmarow, verlässt seinen Posten. Seine Nachfolgerin wird Irina Kasmina, bisher stellvertretende Generaldirektorin bei »Business News Media«. Schmarow war im März 2020 Nachfolger von Nikolaj Bulawin geworden, nachdem dieser aus Protest gegen einen Eigentümerwechsel das Blatt verlassen hatte.

20.05.2021	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft sich mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Anthony Blinken in der isländischen Hauptstadt Reykjavik. Beide betonen die Bereitschaft zu einer Verbesserung der angespannten Beziehung zwischen den Ländern. Blinken brachte außerdem seine Sorge um den Gesundheitszustand des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj zum Ausdruck.
20.05.2021	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein kanadischer Amtskollege Marc Garneau treffen sich zu Gesprächen in der isländischen Hauptstadt Reykjavik. Themen sind unter anderem die Arktis, Venezuela und die Situation in Bergkarabach. Es ist das erste Treffen der beiden Außenminister seit vier Jahren.
20.05.2021	Die Außenminister der acht Anrainerstaaten der Arktis bekennen sich zum Klimaschutz. Sie einigten sich bei einem Treffen auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung. Sie wollen insbesondere in den Bereichen Klima, Umwelt und Wissenschaft kooperieren. Dem Rat gehören neben Russland und den USA auch Kanada, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland und Island an.
20.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin droht nach Berichten der Nachrichtenagentur »Interfax« damit, Gegnern Russlands »die Zähne auszuschlagen«. Ausländische Mächte versuchten regelmäßig, Russland Gebiete »wegzuschneiden«, dies ließe sich Russland in Zukunft nicht mehr gefallen. Die Entwicklung des Militärs sei dafür Garant, wird Putin zitiert.
21.05.2021	Der russische Historiker und Leiter des Regionalbüros der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Karelien, Jurij Dmitrijew, erhält den Sacharow-Preis für geistige Freiheit. Dies teilte das »Norwegische Helsinki-Komitee« mit, das den Preis jährlich verleiht. Dmitrijew ist zurzeit inhaftiert. Er wurde wegen Kinderpornographie schuldig gesprochen. Zurzeit läuft das Berufungsverfahren.
22.05.2021	Russische Polizisten unterbrechen einen Kongress kommunaler Politiker_innen in Nischni Nowgorod und nehmen mehrere Teilnehmende fest, unter ihnen die Moskauer Oppositionspolitikerin, Julia Galjamina. Sie berichtet auf Twitter von ihrer Verhaftung und der anschließenden Gerichtsverhandlung. Die Polizei begründet die Festnahmen mit Verstößen gegen Corona-Hygiene-Maßnahmen. Die Teilnehmenden weisen das zurück.
22.05.2021	Metropolit Hilarion, Leiter der Synodalen Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, regt an, Jagen in der Freizeit einzuschränken. Außerdem fordert der Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche, den Zugang zu Waffen für russische Bürger_innen zu erschweren. Anlass ist die Schießerei, bei der ein 19-Jähriger am 11. Mai 2021 in Kasan im Gymnasium Nr. 175 neun Menschen tötete, unter ihnen sieben Kinder und zwei Lehrer. Zwanzig Kinder und drei Erwachsene wurden verletzt.
23.05.2021	Der belarussische Geheimdienst zwingt mit einem Kampfjet ein Flugzeug der Fluglinie Ryanair, das auf dem Weg von Athen nach Vilnius ist, in Minsk zur Landung. Dabei werden der belarussische Journalist Roman Protassewitsch und seine Freundin Sofia Sapega, die russische Staatsbürgerin ist, festgenommen. Roman Protassewitsch ist für den Nachrichtenkanal »Nexta« tätig, der bei den belarussischen Behörden als »extremistisch« geführt wird. Das Flugzeug setzt nach der Zwangslandung seine Reise fort, sechs Reisende, die russische Staatsbürger sind, fehlen anschließend an Bord. »Nexta« und dem Ryanair-Chef Michael O’Leary zufolge waren diese offenbar Agenten des russischen Geheimdienstes.
23.05.2021	Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, teilt mit, dass sich Präsident Wladimir Putin und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij auf ein Treffen vorbereiten, bei dem es auch über die Angliederung der ukrainischen Halbinsel Krim an Russland gehen soll.
24.05.2021	Nach der Zwangslandung eines Ryanair-Flugzeugs in der belarussischen Hauptstadt Minsk bestätigt die dortige russische Botschaft offiziell, dass auch die Begleiterin des Journalisten Roman Protassewitsch, die russische Staatsbürgerin Sofia Sapega, verhaftet wurde. Die 23-jährige Jurastudentin sei in das Okrestina-Gefängnis in Minsk gebracht worden, sagt zudem ihre Mutter Anna Duditsch dem russischen Dienst der BBC. Kritik, der Konsul habe sich nicht für Sapega eingesetzt, weist die Botschaft auf Facebook zurück.
24.05.2021	Russische Staatsmedien sollen von der Pflicht, Finanzierungsquellen aus dem Ausland kenntlich zu machen, ausgenommen werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf bereitet das Ministerium für Digitales vor. Einmal im Quartal müssen russische Medien ihre Finanzquellen offenlegen. Russland gibt an, so den ausländischen Einfluss auf russische Medien sichtbar machen zu wollen. Eine Liste von Ausnahmen regelt, welche Medien davon befreit sind; diese soll nun entsprechend erweitert werden, meldet die staatliche Nachrichtenagentur Interfax.
24.05.2021	Der US-amerikanische Internetkonzern Google klagt gegen die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomsnadzor. Das Unternehmen weigert sich, Links zu mehreren Internetseiten zu löschen. Roskomsnadzor teilt mit, auf diesen würden Minderjährige zur Teilnahme an illegalen Kundgebungen aufgefordert. Die Klage wurde bereits am 11. Mai von einem Schiedsgericht in Moskau angenommen.
24.05.2021	Der kolumbianische Botschafter wird ins russische Außenministerium einbestellt. Zuvor hatte Kolumbien Russland für Cyberangriffe kritisiert.

25.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und der US-amerikanische Präsident Joe Biden einigen sich auf ein erstes gemeinsames Treffen am 16. Juni in Genf. Bei dem Gipfel der Regierungschefs sollen die Beziehungen der beiden Länder, die Bekämpfung der Corona-Pandemie und regionale Konflikte thematisiert werden. Joe Biden spricht sich bei einer Pressekonferenz für die Fertigstellung der Gas-Pipeline »North Stream 2« aus.
25.05.2021	Die russische Studentin Sofia Sapega ist nach der erzwungenen Landung einer »Ryanair«-Maschine in der belarussischen Hauptstadt Minsk weiter in Haft. Der belarussische TV-Sender »Scholtye sliwy« veröffentlicht ein Video, in dem sie angibt, für den Telegram-Kanal »Schwarzbuch Belarus« verantwortlich zu sein, der Namen von Mitgliedern des belarussischen Sicherheitsapparates veröffentlicht. Dem russischen TV-Sender »Doshd« zufolge ist es von belarussischen Sicherheitskräften gedreht worden, das Geständnis wird international als erzwungen gewertet. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, teilt mit, die russische Botschaft in Minsk sei in Kontakt mit belarussischen Behörden.
25.05.2021	Gegen den Kremlkritiker Alexej Nawalnyj, der in einem russischen Lager inhaftiert ist, wird ein weiteres Gerichtsverfahren eingeleitet. Der Nachrichtenagentur Interfax sagte Nawalnyjs Anwältin Olga Michailowa, derzeit liefen drei Strafverfahren gegen ihn, das neueste wegen Beleidigung eines Richters. Außerdem werden dem Oppositionspolitiker Veruntreuung von Spenden seiner Anti-Korruptions-Stiftung und die Gründung einer illegalen Organisation zur Last gelegt. Nawalnyj weist die Anschuldigungen als politisch motiviert zurück.
26.05.2021	Mehrere Nichtregierungsorganisationen, darunter die belarussische Menschenrechtsgruppe Wjasna, bezeichnen Sofia Sapega als »politische Gefangene« und fordern ihre sofortige Freilassung sowie die des belarussischen Journalisten Roman Protassewitsch, mit dem Sapega am 23. Mai 2021 festgenommen worden war.
26.05.2021	Die Oppositionspolitikerin Julia Galjamina wird nach ihrer Teilnahme an einem Kongress regionaler Politiker in Nischni Nowgorod zu sieben Tagen Lagerhaft verurteilt, weitere Teilnehmende zu Geldstrafen und Arrest. Die Polizei hatte die Veranstaltung mit der Begründung aufgelöst, es sei gegen Corona-Hygiene-Maßnahmen verstoßen worden. Die Teilnehmenden hatten dies zurückgewiesen.
26.05.2021	Die russische Regierung stuft drei deutsche Nichtregierungsorganisationen als unerwünscht ein, damit gilt faktisch ein Betätigungsverbot. Betroffen sind das »Forum Russischsprachiger Europäer«, das »Zentrum für Liberale Moderne« und der »Verein Deutsch-Russischer Austausch«, letztere sind Mitglieder im Petersburger Dialog, einem Gesprächsforum mit deutscher Beteiligung, das für den 14. und 15. Oktober in der russischen Exklave Kaliningrad geplant ist. Der deutsche Außenminister Heiko Maas verurteilt den Schritt als »herben Rückschlag für unsere Bemühungen, ein besseres Verhältnis zu Russland zu erreichen.«
27.05.2021	Russland streicht zwei Flüge von Austrian Airlines und Air France, die von Wien und Paris in die russische Hauptstadt Moskau über Belarus geplant waren. Die österreichischen Behörden fordern von Russland eine Klärstellung. Ein Teil der Passagiere des Air-France-Fluges wird von der staatlichen russischen Fluglinie Aeroflot befördert. Hintergrund ist die Entscheidung der Europäischen Union, den Luftraum über Belarus für Fluggesellschaften mit Sitz in der EU zu schließen, nachdem in der belarussischen Hauptstadt Minsk eine Maschine der Fluglinie »Ryanair« zwangsgelandet wurde.
27.05.2021	Das Amtsgericht des Moskauer Bezirks Taganskij verurteilt den Kurznachrichtendienst Twitter zu einer Geldstrafe von 19 Millionen Rubel (etwa 213.000 Euro), weil Aufrufe zu unangemeldeten Veranstaltungen nicht gelöscht worden waren. Ebenso muss die Video-Plattform TikTok 1,5 Millionen Rubel (etwa 17.000 Euro) für nicht gelöschte Inhalte, der Internetkonzern Google 3,5 Millionen Rubel (knapp 40.000 Euro) für fehlende Filter bei Suchergebnissen zahlen.
27.05.2021	Die belarussische Menschenrechtsorganisation »Wjasna« teilt mit, dass der russischen Jura-Studentin Sofia Sapega, die mit ihrem Freund, dem belarussischen Journalisten Roman Protassewitsch in Minsk verhaftet wurde, bis zu zwölf Jahre Haft drohen. Ihr werde Aufstachelung zum Rassen-, nationalen, religiösen oder anderen sozialen Umsturz vorgeworfen. Der Kreml erklärt, dass er die Auslieferung Sapegas nach Russland prüfe.
27.05.2021	Die oppositionelle Organisation »Offenes Russland« löst sich auf. Der Vorsitzende Andrej Piwowarow gibt als Grund den zunehmenden staatlichen Druck an. Man wolle so neue Geldbußen und Strafverfahren vermeiden und die eigenen Unterstützer schützen. Die Organisation wurde 2001 von dem mittlerweile im Ausland lebenden Kremlkritiker Michail Chodorkowski mitgegründet und war von der russischen Generalstaatsanwaltschaft als »unerwünschte Organisation« eingestuft worden.
28.05.2021	Mit einem Tag Verspätung startet die russische Weltraumrakete »Sojus 2.1b« ins Weltall. Die Rakete sollte 36 Kommunikationssatelliten der britischen Firma »OneWeb« vom russischen Weltraumbahnhof »Kosmodrom Wostotschny« nahe der chinesischen Grenze in die Umlaufbahn bringen. Der Start war am Vortag wegen technischer Probleme verschoben worden.
28.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin hält per Videokonferenz ein operatives Treffen mit ständigen Mitgliedern des russischen Sicherheitsrats ab. Thema ist die nationale Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation.

28.05.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich in der südrussischen Stadt Sotschi am Schwarzen Meer mit dem belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka. Er sichert Belarus finanzielle Unterstützung in Höhe von 500 Millionen US-Dollar (etwa 400 Millionen Euro) bis Ende Juni 2021 zu. Die Summe ist dem Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, zufolge die zweite Tranche eines Kredits, der bereits vor der international kritisierten Zwangslandung eines Ryanair-Flugzeugs in Minsk beschlossen worden war. Putin kritisiert bei dem Treffen, dass die EU »emotional« auf die Zwangslandung reagiert habe. Putin betont bei dem Treffen, dass er Belarus unterstütze.
28.05.2021	Der US-Softwarekonzern Microsoft meldet einen Cyberangriff mutmaßlich russischer Hacker in den USA und mindestens 23 weiteren Ländern. Auf etwa 3.000 E-Mail-Konten bei mehr als 150 verschiedenen Organisationen habe es Zugriffe gegeben.
28.05.2021	Fünf Polizisten, denen im Fall des Journalisten Iwan Golunow Beweisfälschung vorgeworfen wurde, werden am Moskauer Stadtgericht verurteilt. Der Hauptangeklagte Igor Ljachowez muss zwölf Jahre ins Gefängnis, drei weitere jeweils für acht Jahre und ein Ex-Polizist für fünf Jahre. Jeder von ihnen muss Golunow eine Million Rubel (etwa 11.000 Euro) Entschädigung zahlen. Der Investigativjournalist war im Juni 2019 unter dem Vorwurf des Drogenhandels festgenommen worden. Russische und internationale Medien sowie Menschenrechtsorganisationen hatten dies heftig kritisiert. Nach wenigen Tagen kam Golunow überraschend frei.
29.05.2021	Am zweiten Tag eines Treffens zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka spricht Putin Angaben des Kremls zufolge die Situation der russischen Staatsbürgerin Sofia Sapega an. Die Studentin war zusammen mit ihrem Partner, dem belarussischen Journalisten Roman Protassewitsch, verhaftet worden. Bei dem Treffen einigen sich Putin und Lukaschenka darauf, Routen der staatlichen belarussischen Fluglinie Belavia in russische Städte wiederaufzunehmen. Diese waren demnach während der Corona-Pandemie reduziert worden.
29.05.2021	Die französische Fluglinie Air France und die deutsche Fluggesellschaft Lufthansa einigen sich mit Moskau auf einen Flugplan unter Umgehung von Belarus.
29.05.2021	Russland bietet Belarus Hilfe dabei an, in der EU gestrandete Flugreisende nach Hause zu bringen. Hintergrund ist, dass die Europäische Union den Luftraum über Belarus meidet, seit ein Flugzeug in Minsk zur Landung gezwungen wurde, um den belarussischen Journalisten Roman Protassewitsch und seine Freundin Sofia Sapega festzunehmen.
29.05.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin teilt mit, dass die Regierung eine Gesetzesänderung genehmigt hat, die vorsieht, Geldstrafen zu verhängen, wenn Anbieter von Kunden beim Kauf von Waren und Dienstleistungen nicht notwendige Kundendaten sammeln. Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Führerscheindaten und andere persönliche Informationen sollen so geschützt werden.
30.05.2021	Der belarussische Außenminister Wladimir Makei sagt in einem Interview mit der russischen Zeitung Kommersant, der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka könne die russische Staatsbürgerin Sofia Sapega begnadigen oder sie zur Verbüßung ihrer Strafe nach Russland ausliefern.
02.06.2021	Die deutsche »Lufthansa« annulliert mehrere Flüge aufgrund fehlender Genehmigungen der russischen Luftfahrtbehörde. Als Reaktion darauf teilt auch das deutsche Luftfahrt-Bundesamt mit, bis auf Weiteres keine Genehmigungen mehr für Flüge russischer Airlines zu erteilen. Dem vorausgegangen war die Aussetzung des Linienflugverkehrs von russischer Seite im März 2020. Seitdem würde die Fluggenehmigung auf monatlicher Basis erteilt, teilte das deutsche Verkehrsministerium mit. Es kündigte an, Flüge russischer Airlines wieder zu gestatten, sobald Lufthansa die erforderliche Genehmigung von russischer Seite erhalten habe. Am späten Nachmittag teilte Lufthansa mit, die Genehmigungen erhalten zu haben. Die Genehmigung der deutschen Behörden folgte kurze Zeit später.
02.06.2021	Das russische Justizministerium setzt drei deutsche Nichtregierungsorganisationen auf die Liste sogenannter »unerwünschter Organisationen«. Die Aktivitäten des »Forum russischsprachiger Europäer e. V.«, des »Zentrum für liberale Moderne« sowie des »Deutsch-Russische Austausch e. V.« werden als »Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit der Russischen Föderation« angesehen.
03.06.2021	In einem offenen Brief gibt das unabhängige Medium »Vtimes« seine Schließung zum 12. Juni 2021 bekannt. Ende Mai 2021 war »Vtimes« vom Justizministerium auf die Liste sogenannter »ausländischer Agenten« gesetzt worden. Das Medium erklärt die Schließung mit der drohenden Verfolgung durch die russische Justiz. Außerdem schrecke das Stigma des »ausländischen Agenten« Werbekunden ab und stelle das Medium zu Unrecht in eine Ecke der politischen Opposition. »Vtimes« war erst im Juni 2020 gegründet worden, nachdem die Redaktion der Zeitung »Wedomosti« nach einem Eigentümer- und damit verbundenen Chefredakteurswechsel geschlossen gekündigt hatte.

06.06.2021	Dmitrij Gudkow, Oppositionspolitiker und von 2011 bis 2016 Abgeordneter der Staatsduma verlässt Russland nach eigenen Angaben aufgrund eines gegen ihn laufenden Strafverfahrens. Gudkow war am 01. Juni 2021 festgenommen worden. Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen der Verursachung von Eigentumsschäden. Er soll in den Jahren 2015 bis 2017 Räumlichkeiten angemietet haben, für die er die Miete in Höhe von rund einer Million Rubel (etwa 11.000 Euro) schuldig geblieben ist. Eigenen Angaben zufolge betrifft diese Angelegenheit die Firma von Gudkows Eltern.
07.06.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz zum Ausstieg Russlands aus dem sogenannten »Vertrag über den offenen Himmel« (»Open Skies Treaty«). Dieser regelt seit 2002 internationale militärische Beobachtungsflüge über fremden Staatsgebieten. Die USA waren im Mai 2021 endgültig von dem Abkommen zurückgetreten.
07.06.2021	Wadim Kobsew, Anwalt des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, gibt dessen Entlassung aus dem Gefängnis-Krankenhaus und erneute Verlegung in die »Strafkolonie Nr. 2« bekannt. Nawalnyj war im April ins Krankenhaus verlegt worden, nachdem er Ende März in einen Hungerstreik getreten war, mit dem er angemessene medizinische Versorgung gefordert hatte. Nawalnyj sitzt zurzeit eine Anfang Februar 2021 vom Simonowskij-Bezirksgericht in Moskau angeordnete Haftstrafe ab. Ihm wird der Verstoß gegen Bewährungsaufgaben im Zusammenhang mit seiner Verurteilung im sogenannten »Fall Yves Rocher« im Jahr 2014 vorgeworfen.
07.06.2021	Der städtische Abgeordnete des Moskauer Bezirks Krasnoselskij, Ilja Jaschin reicht gemeinsam mit mehreren anderen eine Sammelklage ein gegen die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« wegen der im März 2021 erfolgten Drosselung des Kurznachrichtendienstes »Twitter«. Mit ihrer Klage wollen sie die Aufhebung der Drosselung erreichen sowie die Streichung des Dienstes von der Liste der Dienste, die die Stabilität, Sicherheit und Integrität des Internets in Russland bedrohen.
07.06.2021	Das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau verlängert den eingeschränkten Hausarrest der Anwältin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Ljubow Sobol, um weitere sechs Monate. Dieser war im Februar wegen der Verletzung epidemiologischer Vorschriften im Zusammenhang mit einer nicht genehmigten Kundgebung zur Unterstützung Nawalnyjs am 23. Januar 2021 verhängt worden.
07.06.2021	Das Twerskoj-Bezirksgericht verlängert den eingeschränkten Hausarrest von Oleg Nawalnyj, Bruder des inhaftierten Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, um sechs Monate. Der Hausarrest war im Februar wegen des Verstoßes gegen epidemiologische Vorschriften im Zusammenhang mit einer nicht genehmigten Kundgebung zur Unterstützung Aleksej Nawalnyjs am 23. Januar 2021 verhängt worden.
08.06.2021	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spricht Iwan Nepomnjaschtschij 7.500 Euro Entschädigung zu. Nepomnjaschtschij war wegen seiner Teilnahme am sogenannten »Marsch der Millionen« am 06. Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz vom Moskauer Samoskworetzkij-Bezirksgericht zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte befand diese Strafe für unverhältnismäßig. Sie habe möglicherweise abschreckend auf andere Protestierende gewirkt.
08.06.2021	Andrej Piwowarow, ehemaliger Direktor der am 27. Mai 2021 aufgelösten Menschenrechtsorganisation »Otkrytaja Rossija« (dt. »Offenes Russland«) wird wegen der Durchführung von Aktivitäten einer sogenannten »unerwünschten Organisation« angeklagt. Piwowarow war am 31. Mai 2021 festgenommen worden und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. »Otkrytaja Rossija« war im Jahr 2017 als »unerwünschte Organisation« eingestuft worden.
09.06.2021	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, dass es russischen Bürgern und juristischen Personen aus der ganzen Welt verbietet, sich an der Arbeit sogenannter »unerwünschter Organisationen« zu beteiligen. Das Gesetz enthält außerdem einen Passus, in dem auch ausländische NGOs als unerwünscht erklärt werden, die sich an Geldtransfers für in Russland ansässige unerwünschte Organisationen beteiligen.
09.06.2021	Das Moskauer Stadtgericht erklärt den von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) für extremistisch und verbietet die Organisation mit sofortiger Wirkung. Vorausgegangen war eine Klage der Moskauer Staatsanwaltschaft. Der FBK schaffe unter dem Deckmantel liberaler Parolen Bedingungen für die Destabilisierung der sozialen und politischen Ordnung. Bereits im April war der FBK aufgefordert worden, für die Dauer des Verfahrens seine Tätigkeiten einzustellen.
09.06.2021	Das auf Justizfälle spezialisierte Schweizer Medium »Gotham City« berichtet über die Festnahme des russischen Unternehmers Wladislaw Kljuschin in der Schweiz am 21. März 2021. Der Grund für die Festnahme ist ein Auslieferungsersuchen des US-amerikanischen Bundesstaates Massachusetts. Die US-amerikanische Justiz wirft Kljuschin Insiderhandel in zweistelliger Millionenhöhe vor. Kljuschin ist Inhaber von »M13« – die Firma beobachtet und analysiert im Auftrag des Kreml Medien.

10.06.2021	Das Taganskij-Bezirksgericht in Moskau verurteilt die sozialen Netzwerke »Facebook« und »Telegram« zu Zahlung von Geldstrafen in Höhe von 17 bzw. 10 Millionen Rubel (etwa 194.000 bzw. 114.000 Euro). Ihnen wird vorgeworfen, illegale Inhalte nicht entfernt zu haben.
------------	--

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz und Clara Lipkowski

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>